Donnerstag, 3. Juli 1924.

Einzelnummer 15 Groschen.

63. Jahrgang. Nr. 150.

Erscheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty:
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postscheckkonto für Polen:
Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland:
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen / Reklameteil 25 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Am Scheidewege.

Der Mißerfolg der österreichischen Regierungsvertreter auf der Tagung des Völkerbundsrates in Genf ist augenblicklich in Österreich das meisterörterte Thema. Die Blätter aller Parteischattierungen stellen eingehende Betrachtungen darüber an, und der Kenner der österreichischen Pressemethoden merkt deutlich, daß ihnen gar nicht geheuer zumute dabei ist. Faßt man noch einmal kurz zusammen, welche Forderungen Österreich an den Völkerbund richtete, so ist zu sagen: Österreich hat eine finanzielle Entwicklung genommen, die den ursprünglich in Genf mit 350 Millionen Goldkronen festgesetzten Sanierungshaushalt als zu knapp erscheinen läßt, so daß seine Erhöhung verlangt werden mußte. Die Regierung wünscht eine Erhöhung auf 530 Millionen Goldkronen, der Generalkommissär des Völkerbundes Dr. Zimmerman findet eine Erhöhung in solchem Ausmaß in den Wirtschaftsverhältnissen nicht begründet, und sein Einspruch in Genf hat das ganze österreichische Programm zu Fall gebracht. Der Völkerbundsrat hat den diplomatischen Ausweg gewählt, die Entscheidung auf den Herbst zu vertagen; in der Zwischenzeit sollen seine Vertrauensmänner in Wien eine eingehende finanzielle Untersuchung veranstalten, deren Ergebnisse die Grundlagen für den neuen Haushalt bilden sollen. Immerhin hat er die gegenwärtigen Ansätze als nicht ausreichend anerkannt, was der Regierung eine Erleichterung ihrer Gebarung ermöglicht. Solange aber Österreich den Nachweis nicht erbringen kann, daß sein Haushalt im Gleichgewicht ist, erhält es nicht die Zustimmung, die Reste der Völkerbundanleihe zu wirtschaftlichen Investitionen zu verwenden und wird auch die Kontrolle des Völkerbundes nicht eingestellt — beide Forderungen aber hatte die Regierung schon jetzt in Genf vertreten.

Die große Zurückhaltung, die man in Genf gegenüber Oesterreich an den Tag legte, ist die erste politische Frucht des Attentats auf den Bundeskanzler. Das Fernbleiben Dr. Seipels von der Genfer Tagung wurde hier von Anbeginn als eine schwere Beeinträchtigung der internationalen Stellung Oesterreichs angesehen, und diese Auffassung hat sich voll bestätigt. Daß der seit langem bestehende Konflikt zwischen dem Finanzminister Dr. Kienböck und dem Generalkommissär Dr. Zimmerman die Erfüllung der österreichischen Finanzwünsche nicht gerade begünstigen werde, wäre auch dann sicher gewesen, wenn Dr. Kienböck ein glücklicheres Auftreten auszeichnen würde, als ihm eigen ist. Ein baldiger Wechsel auf den Finanzministerposten, der seit Monaten fällig war, ist nun die nächste politische Wirkung dieser ergebnislosen Genfer Verhandlungen.

Der entscheidende Fehler in der Sanierungspolitik des Bundeskanzlers Dr. Seipel war der Umstand, daß versäumt worden war, noch vor Eingang der Auslandskredite die Sozialdemokratie darauf zu verpflichten, daß sie die wirtschaftlichen Ziele der Sanierungsarbeit unterstützen werde. Die zweite für das Schicksal Oesterreichs entscheidende Frage ist die Gestaltung seiner Wirtschaftslage. In Genf ist sehr deutlich auf die ernste finanzielle und wirtschaftliche Krise hingewiesen worden, die in Oesterreich seit Monaten alles lähmt und auch im Ausland große Beachtung gefunden hat. Auch diese Krise ist eine Teilerscheinung jener Handlungen, die Oesterreich seit 1922 durchgemacht hat: unmittelbar vor der Katastrophe hatte damals ein geschickter politischer Schachzug eine gewisse Beunruhigung geschaffen, es gelang die Stabilisierung der Krone, die in der Stabilisierungskrise mündete, die wieder den Ausgang zu einer phantastischen Börsenhausse und einem auf breitester Grundlage angelegten Gründungsschwindel gab; im ersten Jahresviertel 1924 kam dann die Kreditnot und der Zinswucher, die Frankenspekulation und ihr Zusammenbruch, der für den österreichischen Finanzmarkt eine schwerwiegende Immobilisierung bewirkte und seither in einen unverkennbaren Krach ausartete. Große Spekulationsvermögen sind zerronnen, Dutzende von Unternehmungen und Banken sind gefallen, zahlreiche Konjunkturritter sind entwurzelt und eine ernste Störung im Finanzmarkt und im Bankenorganismus ist erst in voller Auswirkung.

Betrachtet man die gegenwärtige Lage, so kommt man zu dem Ergebnis, daß weder zu Lügen, noch zu Phantasien oder neuem Pessimismus irgendwelcher Anlaß vorhanden ist. Der Völkerbund hat von Österreich verlangt, daß er mehr sparen möge. Mit Ersparungen allein ist aber Österreich nicht zu sanieren. Sein finanzieller Krankheitskeim liegt in seiner völlig politisierten Wirtschaft und seinem vor jedem kritischen Windhauch durch eine reichlich dotierte Presse gehüteten Finanzmarkt. In der Behandlung aller dieser Fragen muß, wenn das Parlament so völlig versagt, wie es in Österreich der Fall ist, die Presse ihre vornehmste und wichtigste Aufgabe sehen. Die österreichische Presse belasten aber in dieser Hinsicht schwere Versäumnisse; dient sie Parteien, so ist ihr Leitmotiv die Parteireligion und der Parteivorteil; gehört sie, wie eben hierzulande in hohem Grade, großen Bankkonzernen, so dient sie dem Geschäft. Unter solchen Umständen wird es für die Presse der Österreich freundlich gesinnten Länder zur besonderen Aufgabe, den Vorgängen in Österreich erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und die Fortführung der Sanierungsarbeit durch Vertrauen und sachlich-kritische Behandlung der österreichischen Sorgen zu fördern.

Worüber die polnische Presse schreibt.

Die französischen Bischöfe. — Frankreichs Liebe zu Polen. — Immer schrecklichere Erfindungen der bösen Deutschen. — Anerkennung nach der mißglückten Gegenrevolution. — Die Minderheiten. — Blutiger Kampf in der Kirche. — Ueber Herrn Miklaszewski, den Kultusminister. — Skandale und kein Ende.

Die letzte Woche hat in der polnischen Presse ziemlich bewegte Stunden gebracht. Es war über die verschiedensten Dinge zu berichten. Das Ereignis, welches im ganzen Lande Widerhall gefunden hat, war der Besuch der französischen Bischöfe, die hier in Posen mit großer Freude und mit jubelnden Begrüßungsworten der Presse empfangen worden sind. Nach dem katholischen Lande des Ostens, nach Polen, kamen die Vertreter Frankreichs. Es ist bekannt, daß Frankreichs Liebe zu dem katholischen Rom nicht groß ist, und es ist auch bekannt, daß die neue Richtung in Frankreich im Verhältnis zum Vatikan eine Änderung eintreten lassen will. Wenn aber Frankreich Propaganda machen will, so benutzt es alle Mittel, um zum Ziele zu gelangen, und macht sogar vor der Kirche nicht Halt. Die Katholiken Frankreichs lassen sich gern in dieser Rolle verwenden. Der Besuch in Polen ist als Propagandabesuch politischer Natur aufzufassen.

Daß man in Polen, in den Orten, wo die hohen Gäste eintrafen, Jubelhymnen in der Presse sang, ist bekannt. Daß aber auch mahnende Stimmen erschallten soll nicht verschwiegen sein. Wir lesen da zum Beispiel in der „Gaz. Robotnicza" unter der Überschrift:

Weniger Raute und mehr Arbeitslosenfürsorge

folgende Darstellung:

„Nach Oberschlesien kommen am Mittwoch die französischen Bischöfe, die vorher schon in anderen Teilen Polens waren. Das Ziel dieses Ausfluges ist eigentlich niemandem bekannt. Angeblich kommen sie nach Polen, um die Freundschaftsbeziehungen zwischen Polen und Frankreich noch enger zu knüpfen. Wir zweifeln, ob sie dazu berufen sind. Wirkungsvoller wäre schon ein Besuch der neuen demokratischen Regierung Frankreichs . . . Es ist eine andere Sache, daß die französischen Bischöfe zu einer sehr ungelegenen Zeit Schlesien besuchen. Eine furchtbare Arbeitslosigkeit breitet sich in Schlesien aus und, infolgedessen eine ungeheure Not in den Arbeiterfamilien. Seitens des Klerus und der Behörden müßte man alle lauten Feierlichkeiten und Raute vermeiden, um nicht nur kein Geld hinauszuwerfen, mit dem man den Arbeitslosen zu Hilfe kommen könnte, sondern um nicht bei Zehntausenden von Arbeitslosen mit teuren Prunkausstellungen Ärgernis zu erregen. Doch ist der Empfang der französischen Bischöfe schließlich nur ein Glied in der Kette prächtiger Feste. Wie die klerikale „Gazeta Ludowa" berichtet, enthält das Programm reichlich viele Spazierfahrten in Automobilen, Festessen und Frühstücke. Nach dem Gottesdienst gibt am Mittwoch der Administrator Hlond ein Festessen. Vorher findet eine Spazierfahrt in den Plesser Kreis statt. Am Donnerstag ein Ausflug nach Königshütte mit einem Frühstück. Nach demselben wieder ein Ausflug in den Tarnowitzer Kreis und Mittagbrot bei Korfanty. Abends ein prächtiger Raut beim Wojewoden Bilski bzw. Dieses reichliche Programm wird offenbar ungeheure Summen Geld kosten. Und wer bezahlt das? Der Administrator Hlond wird durch die Wojewodschaft aus öffentlichen Geldern besoldet. Herr Korfanty hat seine Milliarden an der blutigen und mühsamen Arbeit der oberschlesischen Arbeiter-Aufständischen verdient. Die Skarboferm wird sicherlich das Frühstück nicht für das Geld der Aktionäre geben, sondern der Arbeiter wird dafür zahlen. Der Herr Wojewode bezahlt die Rechnungen aus dem Dispositionsfonds, d. h. aus öffentlichen Geldern.

. . . Die Behörden sollten mit der gegenwärtigen Lage rechnen. **Es genügt nicht, daß die berittene Polizei in Attacken gegen demonstrierende Arbeiter ausgebildet wird.** Es ist tatsächlich wahr, daß die berittene Kattowitzer Polizei auf improvisierte Umzüge mit Standarten und Geschrei Angriffe unternimmt und sie auseinandertreibt. (Es gibt sogar rote Standarten dabei, und am ersten Tage fehlte sogar die rote Standarte mit dem staatlichen Wappen nicht.) Die Massen der Arbeitslosen sehen dem Schauspiel zu und haben dabei ihre eigenen Gedanken. Es ist schlimm, wenn man auf die Arbeitslosigkeit und auf die Not nur mit Polizeimitteln reagiert. Also, meine Herren, weniger Raute und dafür mehr Arbeitslosenfürsorge."

Der „Głos Gornego Śląska" schreibt zu der gleichen Angelegenheit:

„Wir haben manchesmal betont, welche Stellungen die Polen in Frankreich einnehmen, und was die Franzosen in Polen werden. Jeder beliebige arme französische Schlucker wird in Polen Direktor, und Du, Pole, kannst in Frankreich hinwegsehen, daß Frankreich etwas dazu beigetragen hat, daß Polen ein Staat wurde. **Hat Frankreich aber die Polen wegen ihrer schönen Augen unterstützt?** Nein, Frankreich **hat schon lange die Polen in den Kämpfen verwandt** bei Somo-Sierra, sandte sie nach San Domingo zum ewigen Verderben, **hat sie mit Heinrich von Valois im Stiche gelassen,** der die Krönungsakten hinter dem Ofen ließ und durch die Senatoren in Oswiecim aufgegriffen wurde. Und was machte man mit Stanisław Leszczyński, dem Schwiegersohne Ludwigs XV.? **Ihn und seine Tochter hat man in Schmähschriften bespien.** Und was hat Napoleon mit Polen? **„Ich werde sehen, ob Ihr würdig sein werdet, daß man Euch ein Volk nennt."** Uns Polen muß Frankreich die Schulden abzahlen, **uns muß Frankreich dankbar sein,** und wenn wir ein Staat geworden sind, so nicht aus Frankreichs Gnaden, sondern aus der Notwendigkeit des Gleichgewichts der europäischen Politik. Ohne Polen wäre Frankreich durch den Bolschewismus in Rußland und das damalige Chaos in Deutschland niedergeworfen worden. Daran müßte Frankreich denken . . . Wenn zwischen Polen und Frankreich Freundschaft bestehen soll, so muß sie auf Gegenseitigkeit beruhen und nicht nur deswegen, **damit Frankreich die alten Waffen und die Munition, die es nicht gebrauchen kann, für teures Geld an Polen verkauft."**

Ja, auch bittere Worte hört man hier in Polen über Frankreich, und sie sind nicht die Unwahrheit denn Beispiele gibt es genug für deren Wahrheit. Denken wir nur an die Behandlung der polnischen Arbeiter in Frankreich. Was der „Głos Gornego Śląska" sagt, ist ein Wort, das gehört werden müßte. Besonders bei uns in Posen hier, wo man alles, was von Frankreichs Gnaden ist, ohne weiteres als das Schönste und Heiligste anzusehen gewohnt ist.

Wir leben in erfinderischen Wochen. Bekanntlich ist der Sommer die Zeit, da die merkwürdigsten Dinge erfunden werden, um eben den Leser in rechte Spannung und Sorge zu versetzen. noch nicht zu langer Zeit hat man die Hertzstrahlen erfunden, neuerdings soll eine Todesrakete erfunden worden sein, die glühendes Metall regnen läßt; in Rußland erfand man einen zerfressenden Stoff, der durch Geschosse weitergetragen wird, und nun ist wieder etwas Neues erfunden worden:

Das Todeslaboratorium.

Wie die Lügenpropaganda Frankreichs arbeitet, das weiß heute die Welt zwar noch nicht vollzählig, aber daß man mit sehr viel Lügen arbeitet, das ist so ziemlich bekannt geworden. Aber immerhin, es gibt nichts so Dummes, als daß es nicht seine Gläubigen fände — und auch in Polen geglaubt würde. Der „Expreß Poranny" bringt eine Meldung, die er mit einer graufigen Überschrift versieht: **„Das Todeslaboratorium. Erschütternde Enthüllungen der Ententekontrollkommission!"** Dort heißt es:

„Ein Mitglied der Kontrollkommission, und zwar ein französischer Artillerieoffizier, fand bei seinen Nachforschungen ein ungeheures bakteriologisches Laboratorium in Wilmersdorf bei Berlin. In diesem wurden neue Kampfmethoden mit Hilfe von Krankheitsbakterien erprobt; davon zeugen die großen Mengen von Pest-, Cholera- und Typhusbazillen, die in besonderen Gefäßen aufbewahrt waren. Daraus geht hervor, daß sie zur weiteren Vermehrung bestimmt waren. Die Bewohner dieses geheimnisvollen Hauses haben auch an die Vernichtung der Tiere gedacht. Man fand in dem Arbeitsraum auch die Mikroben der Rotzkrankheit, die zur Ansteckung der Pferde dienen sollten. Ebenso fand man die Bazillen der Tollwut, um sie Hunden einzuimpfen. Gleichzeitig hatten die Mitglieder der Kontrollkommission Gelegenheit, sich zu überzeugen, wie weit die Pläne der besiegten Deutschen gehen; denn neben diesem Laboratorium befand sich eine Versuchsstation, in der eine neue Art von Fliegerbomben ausprobiert wurde, die mit ansteckenden Stoffen gefüllt waren. Ein einziges solches Geschoß, das vom Flugzeug in den Fluß (!) geworfen wird, kann eine Typhusepidemie in der Umgegend hervorrufen. Eine Bombe mit Pestbazillen bringt der Stadt, auf die sie herunterfällt, den Tod!"

Erschütternd, wahrhaftig! Aber noch erschütternder ist die naive Gläubigkeit des Blattes, das diesen unglaublichen Sommerferienschwindel seinen Lesern mit dem ernstesten Gesicht von der Welt auftischt. Dieser Schwindel ist besonders dick — aber was tut das! Man glaubt es bei uns in Polen! Es gibt noch immer Leute genug, die so naiv sind.

Die französische Propaganda arbeitet wieder sehr stark; denn auch in Polen hat man sich bereits darüber Gedanken gemacht, ob die Freundschaft zu Frankreich wirklich so wertvoll ist. Vorsichtige polnische Politiker sehen nämlich, für den Fall, daß Rußland sich mit Frankreich verträgt, allerhand neue Perspektiven. Und so macht sich jeder seine Gedanken in dieser Welt. Auch das „Echo Warszawskie" macht sich Gedanken und bringt in einem Aufsatz die

französischen Beziehungen zu Rußland

auf den Plan. Wir lesen da folgende Folgerung:

„Es kann eine direkte Anerkennung Rußlands durch Frankreich erfolgen, da Polen lieber ein Versuchskaninchen im Völkerbunde sein wollte, statt daß es eine Politik geführt hätte, die sich auf die Initiative der Meister Herriot und Briand gestützt hätte. Welchen Nutzen kann die Anerkennung Frankreich bringen? Gar keinen! Dagegen hat aber Rußland große Vorteile. Die Anerkennung selbst ist nur eine Formalität, die tatsächliche Anerkennung ist schon längst erfolgt. Das Warten auf die Gegenrevolution hatte keinen Erfolg, also muß man sich mit dem Geschick abfinden. Ich sehe aber nicht den Schatten einer Gefahr in der angesagten Anerkennung. Ich verstehe deswegen auch nicht, daß man in Polen die Hände ringt und das Haar von fremden Köpfen aus Anlaß dieses angeblichen Unglücks reißt. Auch wir haben ja Sowjetrußland de jure anerkannt und, was wichtiger ist, wenn man doch in der politischen Welt Polens die elementare Wahrheit in der Auslandspolitik verstehen wollte, daß man in der **Pariser Friedenskonferenz über Polen überhaupt nicht gesprochen hätte, wenn sich das zarische Rußland an den Konferenztisch gesetzt hätte.** Statt nun über Gehirnverkalkung zu klagen, ist es vielmehr geboten, dafür zu sorgen, **daß das heutige Polen die Rolle des ehrlichen Vermittlers zwischen Deutschland und Sowjetrußland spielen kann.** Hier ist ein Feld für eine Tätigkeit. Hier ist ein Gebiet, um klare Beziehungen anzuknüpfen. Hierbei können wir aus der Rolle des stets um etwas Bittenden zu der Rolle übergehen, den Bundesgenossen im Bedarfsfalle ehrlich zu helfen."

Das Minderheitenproblem.

hat an aktueller Bedeutung nichts eingebüßt, obwohl Herr Po-
piel und die Rechte mit den unsachlichsten Schreiereien nach dem Knüppel rufen. Polens Lage ist sehr schwer, besonders in den Ostgebieten, und die schönsten Reden des Herrn Miklaszewski helfen über die Tatsachen nicht hinweg. Es gärt weiter, und die Verweigerung der Rechte der Ostvölker bringt alles in Erregung. Der „Kurjer Polski" schreibt wieder einmal darüber, und er stellt fest, daß man sich in Polen noch immer gegen eine Lösung sträubt:

„Nach den bitteren Erfahrungen in den verflossenen fünf Jahren ist das Gefühl allgemein, daß die Regelung der Nationalitätenfrage in Polen erforderlich ist. Dieses Gefühl schafft eine Atmosphäre, in der man ruhig und ohne Furcht, übermäßige Reizungen hervorzurufen, über die bisher begangenen Fehler sprechen kann und auch darüber, wie man sie in Zukunft vermeiden könnte. Die Einsicht in dieser **Beziehung ist bei uns jedoch noch zu gering, daß man bei der Vorbereitung dieser Sanierungsaktion von Anfang an beginnen muß, d. h. von den einfachsten und elementarsten Fragen.** Die Ursache dieser Erscheinung ist der Mangel an historischen Kenntnissen in den weitesten Kreisen unserer Bürgerschaft, der vielleicht durch die lange Unterbrechung in dem staatlichen Bestehen Polens erklärlich ist. Trotzdem ist der Mangel

außerordentlich bedauerlich und in seinen Auswirkungen sehr schädlich."

Wie ernst die Lage ist, wie schwer die Köpfe aneinanderstoßen, kann man aus einem Bericht des „Kurjer Codzienny" sehen, der über einen

blutigen Kampf in der Kirche

berichtet. Im Wilnaer Gebiet wurde nämlich die Kirche der Schauplatz eines blutigen Kampfes. Weil es in der Gemeinde zu einem Streit mit der Geistlichkei gekommen ist, hat der Bischof von Wilna, der litauenfreundlich sein soll, die Gemeinde mit dem Interdikt belegt und die Kirche geschlossen. Nach langen Verhandlungen sollte die Kirche geöffnet werden. Dann heißt es in dem Bericht:

„Am Sonntag, dem 25. Mai, kam unerwartet nach Radun der Delegat des Bischofs, Rokszczanin, Pfarrer der Herz Jesu-Kirche in Wilna, in Begleitung von drei anderen Priestern, von denen einer, ein Weißrusse, den Sonntagsgottesdienst abhielt. Die polnische Bevölkerung war nicht von dem Besuch der Geistlichen benachrichtigt, dafür wurde in großer Zahl die litauische Bevölkerung aufgeboten. Als nach der Messe der Geistliche Aborowicz die Kanzel betrat und litauisch zu predigen anfing, stimmte die polnische Bevölkerung die „Rota" der Konopnicka an. Dadurch wurde der Pfarrer Rokszczanin erregt und fiel eine singende Frau an, begann sie mit ganzer Kraft im Arme zu reißen, um sie aus der Kirche zu stoßen. Dabei rief er: „Mach, daß Du aus der Kirche kommst, Banditin!" Diese Tat, welche die Heiligkeit des Ortes profaniert, wurde die Veranlassung einer allgemeinen Prügelei in der Kirche. Die Polen wehrten die Frau, welche von einer Reihe von Litauern geschlagen wurde. Die Litauer fingen an, die Polen mit Stöcken, Kirchengerätschaften und sogar mit Ziegeln, die sie aus dem Boden rissen, zu bearbeiten.

Erst das Eingreifen der Polizei machte dem Kampf ein Ende. In welchem Maße der Pfarrer Rokszczanin seine geistliche Würde vergessen hat, geht daraus hervor, daß er, als eine zeitweise Beruhigung nach den Vorgängen in der Kirche eintrat, statt die Anwesenden mit einem freundlichen Worte zur Ruhe und Einigkeit zu ermahnen, ganz außer Atem und sich schüttelnd vor Empörung auf die Kanzel stieg und sinnloses Zeug redete, daß Gott als Strafe für die Polen Feuer und Schwefel senden würde, daß die Blitze sie erschlagen und die Leichen unbeerdigt liegen bleiben würden."

Hier wieder ein Beispiel dafür, **wohin der Nationalismus führt.** Der Bericht gibt freilich den Litauern die Schuld, während vorher gesagt wird, daß der Gesang der „Rota" die Veranlassung zu dieser Prügelei war. Schuld werden beide Teile sein. Denn man kann nicht verschweigen, daß **ein patriotisches Lied, wie die „Rota", nicht in die Kirche gehört,** am allerwenigsten dann, wenn es eine andere Nationalität reizt.

Daß Herr Miklaszewski, der Kultusminister, nicht gerade auf sicheren Beinen steht, ist bekannt. Seitdem er in der vergangenen Woche zu seinem Budget gesprochen hat, wobei er sich wieder einmal nicht gerade mit Lorbeeren schmückte oder geschmückt wurde, ist es bemerkenswert, wie auch die polnische Presse zum Teil diesen Mann auf dem Posten für Kultur betrachtet. Der „Kurjer Codzienny" spricht ziemlich ausführlich über ihn und sagt u. a.:

„Leider kann man den Minister Miklaszewski nicht anders bezeichnen, als den Minister

zur Verbreitung der Dummheit.

Seine ungeheuerlichen Anordnungen im Schulwesen müssen wir immer häufiger unangenehm empfinden. Er hört mit seiner destruktiven Arbeit nicht auf. Es ist merkwürdig, daß eine so wenig begabte Person, wie Miklaszewski einen Ministersessel einnehmen kann. Er persönlich kann doch noch nicht einmal logisch auf eine Interpellation antworten, wenn man es ihm vorher nicht auf einen Zettel aufgeschrieben hat, was er sagen soll. **Ein Mensch, der derartig beschränkt ist, wie dieser Minister Miklaszewski, muß schädlich wirken,** und zwar um so schädlicher, wenn zu seiner Unfähigkeit noch der böse Wille hinzutritt. Und dieses Gefühl beherrscht ihn gegenüber Kleinpolen, und deswegen hat Kleinpolen am empfindlichsten unter seiner Regierung zu leiden!" (Nicht nur Kleinpolen allein hat unter seiner glorreichen Regierung zu leiden. Die Red.)

Also das Thrönchen dieses Kulturherrschers scheint ein wenig zu schwanken! Nun, das wird keinen sehr lauten Fall geben, wenn Herr Miklaszewski geht. Aber auch noch andere Sesselchen stehen nicht mehr ganz sicher. Neuigkeiten gibt es in Warschau in genügender Zahl, und auch Korruptionen und Skandale halten die Hand über diese Stadt, um die Bewohner zu unterhalten. Große Veruntreuungen in den staatlichen Druckereien haben das größte Aufsehen erregt. Der „Kurjer Informacyjny" bringt darüber sehr hübsche Berichte. U. a. ist zu lesen:

„Nach dem berüchtigten ersten Diebstahl in den staatlichen Druckereien, deren Leitung ein Musterbeispiel von Unfähigkeit und Nachlässigkeit ist, schien es so, als ob dort Veränderungen eintreten sollten, und daß

der bisherige Schlendrian

in Kürze unter einer energischen Hand beseitigt werden sollte. Leider kommen zu uns Nachrichten, daß dieses Amt immer mehr im Sumpfe der eigenen Unfähigkeit versinkt. Von einer Besserung der Verhältnisse ist es heute viel weiter als je. Der beste Beweis dafür ist der neue Diebstahl, und wir haben nur eine trügerische Hoffnung, daß ihn diesmal die Behörden nicht vergessen werden. Am 30. Mai haben die staatlichen Druckereien einen Auftrag zum Druck von Stempelmarken zu drei Zloty erhalten, dazu 13 000 Bogen Papier. Dieses Druckmaterial hat Wasserzeichen, und man ging an die Arbeit heran. Nach dem Druck stellte es sich heraus, daß hundert Bogen fehlten. **Das macht 40 000 Stempelmarken aus. Der Staat verliert an diesem Diebstahl 120 000 Zloty.** Ein unerhörter Skandal! Und dieses alles in einer Zeit, wo der Staat die schwerste Zeit der wirtschaftlichen Sanierung durchmacht, wo das Geld wieder zu Ansehen kommt und wo es sich um jeden einzelnen Groschen handelt!"

Ja, wir haben viel gelernt in diesen ganzen Jahren, aber, wie es scheint, immer noch nicht genug!

Aus dem Sejm.

In der gestrigen Sejmsitzung wurde die **Aussprache über den Haushaltsvoranschlag des Kultusministeriums fortgesetzt.**

Die Abgeordnete Sokolnicka vom Nat. Volksverband ergriff zuerst das Wort und betonte, daß Polen Sparmaßnahmen im polnischen Schulwesen zugunsten des privilegierten Schulwesens der nationalen Minderheiten treffe. Polen unterhalte außer beträchtlichen Ausgaben für deutsche Schulen im ehemals preußischen Teilgebiet mehr als 200 Schulen in Kongreßpolen und dem früher österreichischen Teilgebiet.

Abg. Stankiewicz vom Klub der Weißrussen erklärt, daß Polen die Extermination der Weißrussen anstrebe. Der Redner verlangt Kredite für das weißrussische Schulwesen und die Schaffung eines Lehrstuhls für weißrussische Geschichte in Wilna.

Abg. Kujawski (Nat. Volksverband) kritisiert das gegenwärtige Schulprogramm und tritt für die Bildung eines neuen Berufsschultypus ein.

Abg. Nowicki (Wyzwolenie) zitiert ein vertrauliches Kommunikat an die Schulinspektoren und schlägt die Streichung von 100 Zloty aus dem Budget vor.

Abg. Czapiński (Sozialist) bezeichnet die Rede des Ministers Miklaszewski als Provokation gegenüber den nationalen Minderheiten, die ein Drittel der Bevölkerung des Staates darstellen. Der Redner verlangt dann einen Bericht der Regierung über die Vorbereitungen zum Konkordat mit Rom.

Abg. Thon verlangt Rechte für das jüdische Schulwesen.

Abg. Mendrys (Christl. Demokratie) stellt fest, daß das Budget mit 250 Millionen zu karg sei, verlangt aber in Anbetracht der Sanierung keine Vermehrung der Kredite mehr. Er spricht dem Minister sein Vertrauen ab.

Abg. Smulikowski betont, daß die siebenklassige Schule die Grundlage des Schulwesens sein müsse.

Abg. Putek von der Wyzwoleniegruppe wird nach der Pause wegen des Ausdrucks „Sowjet der Bischöfe", der einen Kammertumult und eine Unterbrechung der Sitzung zwecks Zusammentritts des Aeltestenausschusses verursachte, vom Vizemarschall Poniatowski zur Ordnung gerufen. Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärt der Abg. Putek, daß die Bischöfe keine oder lächerlich wenig Steuern zahlen. Für 221 125 Hektar seien 78 000 M. gezahlt worden.

Der Finanzminister habe übrigens die Pröpste von der Zahlung der Steuer von Privatgütern befreit. Der Abgeordnete appelliert an den Kultusminister, das Konfessionsdepartement, das er einen Augiasstall nennt, gründlich in Ordnung zu bringen. **Seine Partei werde gegen das Budget stimmen.**

Krisen allerseits — und politische Stabilität.

Seit 5½ Jahren, daß Polen besteht, hat es 16 Kabinettskrisen erlebt, ohne die teilweisen Rekonstruktionen mitgerechnet zu haben. — Solch ein ununterbrochenes Erdbeben ist auf keinem anderen politischen Staatsgebiete der Welt, außer dem polnischen, zu verzeichnen, — nicht einmal in den Balkanstaaten, in Zentralamerika oder in den Sowjet-„Republiken". —

Der labile Zustand unseres Staatslebens wird zur chronischen Erscheinung, wie einst in Alt-Polen die Sterilität der „Liberum-veto-Sejmkrisen" sich zu einer gewohnten Erscheinung ausbildete. Ganz Europa des 17.—18. Jahrhunderts konnte sich zuletzt die Schlachzizen-Republik schon gar nicht mehr anders denken, als in der Gestalt der verkörperten Staatsanarchie, deren Abschaffung für die Menschheit nur ein wahrer Segen wäre. — So ist das alte Polen gefallen, und nicht anders: aus Mangel an Achtung im Kreise der zivilisierten Staaten.

Leute, die den Polen gehässig gesinnt sind, — behaupten, daß der Hang zum steten Wechsel, zum Untergraben aller Autoritäten und zum undisziplinierten Wandel — ein eingeborenes Merkmal der ganzen slawischen Rasse sei. Die Polen selbst sind dagegen der Meinung, daß der Egoismus und der Mangel an Patriotismus einzelner Parteiführer, wie z. B. die Konföderierten von Targowiza, die Anhänger des Magnaten Zebrzydowski, — der Radziwills usw. die Schuld an der Labilität des polnischen Staatslebens trug, die dann von den bösen Nachbarn ausgeschlachtet wurde.

Und doch sind die Polenfeinde in ebensolchem Unrecht, wie diese vermeintlichen Patrioten Polens. Beide vertiefen sich nicht in das innerste Wesen des historischen Werdeganges sowohl der polnischen Vergangenheit, als auch der Gegenwart. Analysiert man aber aufmerksam die Bestandteile des politischen Lebens im Weichselbecken vor 200 Jahren und heute, so stößt man bald auf alle Keimerreger des chronischen Krisenfiebers und — des lebensgefährlichen staatlichen Marasmus dieses Landes damals und — heute. Und es konnte auch nur ein dem Polenvolke von ganzem Herzen wohlwollender Idealist mit tiefer historischer Bildung wie Woodrow Wilson für das „aus den Toten auferstehende" Polen solche weise Vorsichtsmaßregeln treffen, wie dieser Mann sie im Minderheitenvertrag vom 28. Juni 1919 in Versailles niederlegte. Wilson kannte die wahre Geschichte Polens, und dadurch kannte er das Polenvolk, als politisches Material sicherlich besser, als dieses Volk sich selbst kennt. —

Der Hang zur Oligarchie ist es zu allererst, der den Polenstaat einst im Zeitalter des Absolutismus zugrunde gerichtet hat. Und dieser Hang ist es, der für diesen Staat abermals im heutigen Zeitalter des Demokratismus zum Verhängnis wird. In Alt-Polen hatten kaum 16 bis 17 Prozent der gesamten Bevölkerung, die Nachkommen der freien Verteidiger des Landes auf dem Schlachtfelde (daher „Schlachta" genannt), das Recht sich angeeignet, die Geschicke desselben zu bestimmen; sie begründeten dieses Monopol auf dem Erstgeburtsrecht der Urbevölkerung und ließen keinen ukrainischen Freibauer („Kosaken"), keinen deutschen Handwerker, keinen jüdischen Händler — zur Teilnahme an den Volksberatungen („Sejms") zu. Und, als später etliche Schlachtzizen vom römischen Katholizismus abfielen, so drängte man auch noch diesen Teil der Mitbürger, die „Dissidenten", aus den Reihen der vollberechtigten Wirte des Landes heraus.

Unter den oberen zehntausend Familien Alt-Polens, die auf diese Weise zum Regieren des Staates, — eines der größten in der damaligen Christenwelt, sich für berufen hielten, hielten aber die Summe der wirklichen Staatsgewalt in ihren Händen kaum wenige Hunderte von Personen: die Inhaber der Riesenvermögen, und die über Kirchengüter verfügenden Bischöfe. Eine typische Oligarchie, inmitten deren der Kampf um Ehren und Ämter nie aufhörte, — genau wie im alten Venedig oder im alten Rom der Verfallszeiten.

Sehen wir uns heute um, so sehen wir im „auferstehenden" Polen, leider, auch die Auferstehung dieser vielköpfigen Hydra der Oligarchie, die das Land und uns alle abermals zu verderben droht. Neu-Polen ist auf dem besten Wege dazu, die Massen seiner Bevölkerung in denselben Gemütszustand zu versetzen, in dem sich einst jeder polnische Bauer, jeder Städter, jeder Andersgläubige und Andersstämmige in Alt-Polen dauernd befand, — der Sehnsucht nach einer festen Hand, die mehr Ruhe, mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit ihm sichern würde, — und sei es auch die Hand eines Schweden, eines Sachsen, eines Moskowiters sogar. Es heißt — wir haben eine freie, eine demokratische, eine gerechte Republik für alle. Aber die Klagen, die Interpellationen und gerechtesten Aussprüche der Juden, Ukrainer und Deutschen werden verhöhnt. Denn es ist doch entweder ein Hohn oder ein Zeichen der Anarchie (oder beides), wenn Polen am selbigen Tage laut erklärt, daß es seine Ehrensache sei, die deutschen Ansiedler nicht zu rühren, solange der Rechtsstreit nicht geklärt worden ist, und — dieselben deutschen Ansiedler ununterbrochen liquidiert; wenn Polen auf eine Interpellation wegen eines Bombenattentats auf eine deutsche Volksversammlung laut erklärt, daß seine Behörden eine ganze Nacht lang die Verbrecher ausfindig zu machen bemüht waren. Wenn auf eine andere schwere Anklage, betreffend das Ausrotten der deutschen Volksschulen, lächelnd erwidert wird, daß es vor 1919 überhaupt keine deutsche Schulen hierzulande gegeben habe... usw.

35 bis 40 Prozent der „Dissidenten" und aller, die durch ihr Erstgeburtsrecht eines Urpolen sich nicht ausweisen können, wird unzweifelhaft eine Gleichberechtigung „in der Praxis" in konsequenter Weise abgesprochen. Liest man aber in den meisten polnischen Blättern die Auslegung, die man dem Sinne der ersten Worte unserer Staatsverfassung gibt:

„Wir, das polnische Volk... beschließen usw. (nicht aber: „Wir, die Völker des polnischen Staates, beschließen, usw.)" so weiß man auch, daß die Träger der Sejmmandate die heutige Nicht-Schlachta genau der Gesinnung ihrer Wähler entsprechend behandeln. Man will bei den „erblichen Wirten des Landes" von der tatsächlichen Gleichheit der Rechte aller Polenbürger heute ebensowenig hören, wie einst im Zeitalter Chmielnickis. —

Die Oberschicht der politischen Schlachta von heute bildet aber nur auf den ersten Blick 60 Prozent der Bürgermasse. Aus diesen 17 Millionen der „Wirte im Staate" hat wiederum nur die bevorzugte Elite der erzpolnisch-patriotischen Endezzia-Konföderation die Fülle der tatsächlichen Macht in ihren Händen. Also eine Oligarchie, eine die Mehrheit vergewaltigende Minderheit der Nation. Im Ganzen höchstens ein starkes Drittel der Gesamtzahl der Bürger, — denn der Freidenker, der Liberale, der Sozialist, der Bauernfreund usw. — und wenn er auch ein waschechter Slawe mit ungefälschtem römisch-katholischen Taufschein ist — wird zurückgedrängt. Wie? Gewiß nicht mit Knütteln und Säbeln, wie dies einst auf den Sejmversammlungen der alten Schlachta gemacht wurde. Um so wirksamer dafür durch Presseverleumdung (Pilsudski), — durch Meuchelmord (Narutowicz!), — durch sorgfältige „Säuberung" des Verwaltungsapparats (Moskalewski), — durch zweierlei Gerichtsverfahren (siehe die Reden im Sejm von Daszyński, Barlicki u. a.).

Künstlich schaltet ein Lutosławski vermittels seiner Wahlordnung ganze 100 Vertreter der Minderheiten aus dem Parlament Neu-Polens 1921 aus, — wie einst 1768 auch die Dissidenten um die Hälfte der ihnen zukommenden Sitze gekürzt wurden. Wir, die 40 Prozent der Nichtpolen, haben entgegen der heiligsten Grundsätze der Demokratie, an Stelle von 200 Sejmabgeordneten und Senatore nur 120. — Die 60 Prozent der Wähler bekommen also fast 80 Prozent der gesetzgebenden Gewalt in ihre Hände: weit über 400 Mandate von 555. Und — dann fallen davon über 150 der progressiv gesinnten rein-polnischen „Minderheit" noch ab. Der Rest repräsentiert die Oligarchie, die allein fast die volle Hälfte der Staatsgewalt behält, wo ihre Wähler und Sympathiker bei weitem weniger als ein Drittel der Gesamtzahl der Bürger Polens ausmacht.

Ich führe hier nur runde Zahlen an, da dieselben auch varirren und oft nicht gut festzustellen sind; ist doch die administrative Gewalt im Laufe der ersten Jahre unserer Freiheit voll und ganz in die Hände dieser unserer Oligarchie übergegangen. Und trotzdem bleibt das Fazit meiner Ausführungen richtig, wenn nicht in einem so schreienden Maße wie vor 1772, jedoch in einer gleich für das Allgemeinwohl gefährlichen Weise ist nach 1918 eine Oligarchie an dem Weichselstrande im Werden begriffen. Die Zeiten der Oligarchie sind aber seit langem vorüber; ein jeder oligarchisch regierter Staat kann in dem jetzigen Zeitalter der stabilen, auf breitesten Massen basierenden Demokratie als ebensowenig lebensfähig angesehen werden, wie solch ein Staat es im Zeitalter des Friedrichs II., der Katharina II. oder Josephs II. gewesen, — als alle Nachbarvölker Polens einer strammen, zielbewußten und ebenfalls einheitlichen Leitung unterworfen waren, die auch den Monarchieen Stabilität verschaffte. Oligarchie verleiht dem Staate dagegen immer nur labile Zustände. Die kinomatographisch aufeinander folgenden Regierungskrisen in unserer polnischen Heimat geben diesen Ausführungen recht, und ich bin fest überzeugt, daß dieser beklagenswerte Zustand sofort ein Ende nehmen würde, wenn unserer fatalen Minderheitenpolitik in Polen eine radikale Wendung von der festen Hand der wahren Patrioten der demokratischen Republik Polen einmal gegeben würde.

Dann erst bekämen wir eine stabile Politik, eine stabile Regierung, einen stabilen Kredit im Auslande und eine stabile Valuta. Gott soll's bescheren!

Dr. E. von Behrens.

Um den Ruderverein „Germania".

Zwangsverwaltung.

Wir haben regelmäßig darüber berichtet, wie das Liquidationsverfahren gegen den harmlosen Ruderverein „Germania" eingeleitet worden ist, mit welcher Schnelligkeit und mit welcher Pünktlichkeit gearbeitet worden ist. Wir haben die Interpellation der deutschen Fraktion gebracht, die im Sejm vorgelegt wurde und wir haben oft genug die Ungerechtigkeit und die Unzulässigkeit dieser Liquidation zur Sprache gebracht. Nunmehr lesen wir im „Monitor Polski" vom 27. 6. 1924, Nr. 145:

Verordnung des Innenministers vom 31. Mai 1924

über den Beschluß der staatlichen Zwangsverwaltung verhängt über das Vermögen des Vereins „Posener Ruderverein Germania" in Posen.

Kraft eines Beschlusses des Präsidenten des Hauptliquidationsamtes, das im Einvernehmen mit dem Außenminister gefaßt wurde, und der sich auf Artikel 10 und 11 des Gesetzes vom 4. März 1920 über die Registrierung und Sicherstellung (zabespieczenie) des deutschen Eigentums (Dz. U. R. P., Nr. 25, Position 153) stützt, wird folgendes verordnet:

1. **Es wird über das Vermögen des Posener Rudervereins Germania" in Posen die staatliche Zwangsverwaltung verhängt.**
2. **Die Ausübung der Zwangsverwaltung des oben erwähnten Vermögens wird dem Ingenieur Witold Weichmann, wohnhaft in Posen, ul. Słowackiego Nr. 10 anvertraut.**

Der Innenminister.
(—) Z. Hübner.

Unbekümmert um die Tatsachen, unbekümmert um die Erklärungen von Erz. Kozmiński vor dem Rat des Völkerbundes, unbekümmert um die neue Erklärung von dem Delegierten des Völkerbundes Herrn Skrzyński, **wird das Verfahren weiter geführt.** Alle Einsprüche des Vereins, der einwandfrei aus polnischen Staatsangehörigen besteht, sind abgewiesen worden. Auch der Irrtum, in dem sich das Liquidationsamt befand und noch befindet, wonach eine Zusammensetzung des Vereinsvorstandes vom 10. Januar 1920 bereits aus polnischen Staatsangehörigen bestanden hat, während das angezweifelt und bestritten wird, **hat es nicht vermocht, wenigstens das Verfahren aufzuhalten.** Man hat es sehr eilig mit der Liquidation des Vereins und kümmert sich absolut nicht um übernommene Verpflichtungen, man handelt wie man will, so schnell wie möglich, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Dieses Gebaren kann nicht laut und nachdrücklich genug verkündet werden. Dieses Verfahren muß sich jedem einzelnen fest und nachhaltig ins Gedächtnis prägen, denn es zeigt den unbedingten Willen, hier einen Fall zu schaffen, der nicht mehr wieder zurückgenommen werden wird. Man will nicht einsehen, daß hier ein unerhörter Mißgriff geschehen ist. **Man will nicht einsehen, daß man mit solchen Dingen jedes Gefühl für Recht und Gerechtigkeit tötet, daß man mit solchen Taten in der Welt den Beweis führt, das man in Polen kein Recht aufkommen lassen will, daß man nur handelt um dem russischen Wort Geltung zu verschaffen, das einst Mickiewicz als verdammenswert bezeichnete: „Die Hände sind vom lieben Gott zum Nehmen bestimmt!"**

Und dieses Wort, das man im alten Rußland der Knute beherzigt hat, dies Wort, das ein Zeichen von Unkultur und Mangel an moralischen Qualitäten ist, dies Wort beherzigt man bei uns. Gibt es denn keinen Menschen, der die großen Gefahren erkennt, die eine derartige Praxis in sich birgt? Gefahren für den Staat birgt diese Praxis in sich, denn wer wird **Polen noch glauben, wenn es wieder einmal Versprechungen machen wird.** Aber das ist in diesem Falle vielleicht nicht so interessant. Interessanter ist die unerhörte Ungerechtigkeit und der noch nie dagewesene Mißgriff, der als ein Schulbeispiel unserer Rechtspflege in Polen angesprochen werden kann. Ein Schulbeispiel, wie es Herr Kierski offen predigt, wie es Herr Winiarski versteckt anzuwenden sich bemüht, dabei aber mit zynischer Offenheit sagt: **„Wir können ruhig sagen was wir wollen, und wir können auch ruhig handeln wie wir wollen!**

Man hat der „preußischen Gewaltpolitik" die unmöglichsten Vorwürfe gemacht, und glaubt heute die derzeitige Handlungsweise nun als „gutes Recht" ansprechen zu dürfen. Wir sehen an diesem Beispiel, daß die preußische Politik zu ihrer Zeit der größten und schärfsten Polenfeindlichkeit, nur ein Kinderspiel gewesen ist gegen die Politik, die man jetzt den deutschen Bürgern gegenüber treibt. Glaubt denn irgend ein Mensch, und sei er der fanatischste Chauvinist, daß eine derartige Art von Intoleranz, der Ungerechtigkeit und der minderwertigen moralischen Anschauung ein Erfolg für Polens Zukunft ist? Glaubt auch nur ein Mensch, daß eine derartige Handlungsweise, die allen **Formen von Gesetz und Recht Hohn spricht, zu einem guten Ende führt?**

Wir haben es weit gebracht bei uns! Wir sind sogar soweit, einzusehen, daß der liebe Gott doch die Hände zum nehmen geschaffen hat. Mit dieser Anschauung schlägt man allen Begriffen der bisher üblichen Form ins Gesicht, mit dieser Anschauung spottet man der ewigen und ehernen Gesetze von **Recht und Gerechtigkeit.** Man kümmert sich um Gesetze

nicht, um Recht nicht, um Verträge nicht. **Man handelt in blindem** Fanatismus, unbekümmert um die Folgen, **nur um niederen Instinkten** Nahrung zu geben. Man spottet **über alle Begriffe** natürlicher Entwicklung, alle Normen menschlicher Empfindsamkeit. Aber der Spott, der heute als Pfeil gegen die deutsche Minderheit abgeschossen wird, er kehrt sich letzten Endes gegen die Schützen. Denn nach den ewigen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit wird jeder Übergriff, jeder Mißgriff, jede Ungerechtigkeit gesühnt werden. Das Leben, das wir in Polen führen, ist ein Leben nur für den nächsten Tag, nicht einmal für die kommende Woche. Aber diese Woche ist nichts im Lauf der Geschichte. Wehe, dem Volke, das seine Aufgabe verkennt, wehe dem Volke, das in Unrecht und zynischen Gewaltaten seine Erfüllung und sein Lebensschicksal sieht!

Auch der Herr Innenminister Hübner, der einen so rein polnischen Namen trägt, hat diese Schuld der Posener Luft auf sich geladen, indem er unbekümmert den Wagen weiter rollen läßt, den er anhalten konnte durch etwas guten Willen und durch etwas Aufmerksamkeit.

Republik Polen.

Rücktritt des Agrarreformministers.

Der Staatspräsident hat das Rücktrittsgesuch des Agrarreformminister Ludkiewicz angenommen. Als mutmaßlicher Nachfolger wird in Sejmkreisen der Direktor des Bezirkslandamts in Warschau, Herr Gielożyński, genannt.

Von den Ausschüssen.

Der Sejmausschuß für Schutz der Arbeit erörterte einen Entwurf des Abg. Reger von der Sozialistenpartei, der die Einbringung einer Novelle über die Krankenkassen betrifft, die im Verlaufe von drei Monaten erfolgen soll. Abg. Styczyński vom Nationalen Volksverband verlangte, daß die von der Partei dargelegten Postulate in die Novelle Eingang finden.

Der Landwirtschaftsausschuß besprach den Entwurf für eine Novelle zum Jagdgesetz, der in Anbetracht der Vereinheitlichung der Jagdvorschriften in ganz Polen zurückgestellt wurde. Der Ministerpräsident erklärte im Ausschuß, daß der Agrarreformminister Ludkiewicz sein Rücktrittgesuch eingereicht habe.

Der Rechtsausschuß des Sejm erörterte Entwürfe betreffs verloren gegangene Hypothekenbriefe.

Die Ueberführung von Sienkiewicz.

Der Komitee für die Ueberführung der Leiche Sienkiewicz's nach Polen ergangene Aufruf hat sein Echo gefunden. Herr Sewerhn Staniszewski hat mitgeteilt, daß er alle Ueberführungskosten tragen wolle. Eine Baugenossenschaft, die „Polska Budowlana Spółka“, will die Krypta in den Katakomben der Kathedrale nach den Plänen des Architekten Jachimowicz kostenlos bauen. Herr Kazimierz Błażejewicz hat die Uebernahme sämtlicher Drucksachen des Komitees angeboten. Das Komitee hofft, daß man angesichts der Opferbereitschaft sogar einen entsprechenden Fonds für eine Sienkiewiczstiftung zur Verfügung haben werde.

Die polnische Kriegsindustrie.

Der Kriegsminister hatte am Dienstag eine Konferenz über Fragen der Kriegsindustrie. Der Antrag des Ministers von der Notwendigkeit der Bildung eines Kriegsindustrierates als ratgebendes Organ wurde von den Vertretern des Parlaments und der Industriekreise anerkannt.

Preisrückgang.

Aus Lublin wird gemeldet: Die Kommission zur Prüfung der Unterhaltskosten hat eine 3,24%ige Verminderung der Lebensunterhaltskosten im Monat Juni im Vergleich zum Mai festgestellt

Die deutsche Antwortnote wegen der Militärkontrolle überreicht.

Systematisch wurden in letzter Zeit in der Presse des Auslandes, namentlich durch die im Verdrehen von Nachrichten als Meisterin bekannte „Daily Mail“, die Nachricht von angeblichen großen deutschen Kriegsrüstungen verbreitet. Nach diesen Meldungen müßte Deutschland ein von Waffen starrendes Land sein. Über diese Angelegenheit äußert sich die letzte deutsche Note, die in Paris überreicht würde. Die Note behandelt das Vorhaben der interalliierten Regierung, eine letzte Generalinspektion über den deutschen Rüstungsstand auszuführen.

Die Antwortnote ist sowohl ihrem Inhalt wie der Form nach außerordentlich geschickt abgefaßt. Die Note spricht davon, daß allerdings in Deutschland zahlreiche Organisationen vorhanden seien, die sich die körperliche Erziehung der Jugend zur Aufgabe setzen. Im übrigen sei Deutschland durch den Vertrag von Versailles in einen Zustand der Waffenlosigkeit geraten, der in der Geschichte der Völker **beispiellos** dastehe. Im deutschen Volke herrsche eine tiefgehende Erbitterung über fortwährende Eingriffe in die deutsche Souveränität durch die erneute Kontrolle, zu der auch der Vertrag von Versailles **keine Rechtsbasis mehr biete.** Deutschland hoffe, daß an Stelle einer solchen Gewaltpolitik jetzt eine **Politik der Verständigung** begönne.

Unter anderem heißt es in der Antwortnote, was die Jugendorganisationen angeht, wie folgt:

„**Es ist eine irrige Auffassung, wenn in den alliierten Ländern geglaubt wird, daß in Europa neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien von der zunehmenden Aktivität deutscher Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen träfen.** Die deutsche Regierung kann und will nicht in Abrede stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend zur Aufgabe setzen. Diese Organisationen gehen aber bei ihren Bestrebungen von dem Gedanken aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragend erzieherischen Charakter hatte. **Tatsächlich ist die Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Gesetzen der Ordnung und Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert worden. Manche Erscheinungen der Gegenwart, die geradezu eine Verwahrlosung der Jugend erkennen lassen, müssen auf das Fehlen dieser militärischen Zucht und Erziehung zurückgeführt werden.** Jedes Volk wird bestrebt sein, sich eine gesunde und körperlich kräftige Jugend heranzubilden. Gegenüber den Gefahren, die der Entwicklung der Jugend drohen, ist die Ausbildung des Körpers die beste Gegenwehr. Die große Entwicklung auf sportlichem Gebiete, die in anderen Ländern weit früher als in Deutschland vor sich gegangen ist, hat jetzt auch in Deutschland dazu geführt, daß in der Jugend der sportliche Geist in immer größerem Maße gepflegt wird. **Die sportlichen und turnerischen Vereinigungen der deutschen Jugend irgendwie in Verbindung zu bringen mit militärischen Vorbereitungen Deutschlands, ist daher nicht berechtigt.** Damit wird der Geist der hier geübten Erziehung, der der Geist jeder gesunden Nation sein muß, völlig verkannt. Das deutsche Volk lehnt den Gedanken an Krieg ab, und unter allen politischen Faktoren besteht Einigkeit darüber, daß eine heimliche Waffenrüstung als ebenso unmöglich wie nutzlos und gefährlich abzulehnen ist. Demzufolge hat die Reichsregierung sich auch ernstlich bemüht, die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen, so daß von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann.“

In der Note heißt es dann weiter:

„Das deutsche Volk hat die Empfindung, daß man ihm gegenüber jede Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten, vor allem aber jede Rücksicht auf sein berechtigtes Selbstgefühl hat vermissen lassen. **In einem Lande, das mit demselben Stolz an seiner Geschichte hängt wie andere Nationen, konnte dies nicht ohne Rückwirkung bleiben. Manche Äußerungen von** Staatsmännern der alliierten Mächte lassen darauf schließen, daß sich die Erkenntnis dieser Zusammenhänge Bahn zu brechen beginnt; mit um so größerem Rechte glaubt die deutsche Regierung ihrerseits hervorheben zu müssen, daß hier tatsächlich die Ursachen derjenigen Bewegung liegen, die in dem Schreiben an den Herrn Reichskanzler beklagt werden.

Im übrigen glaubt die deutsche Regierung die Tatsache feststellen zu können, daß es keinen ernsthaften Militär in der ganzen Welt gibt, der die Meinung haben könnte, daß Deutschland, selbst wenn es wollte, irgendwie imstande wäre, in Europa bewaffnete Konflikte hervorzurufen...“

„Das deutsche Volk kann es deshalb schlechterdings nicht verstehen, daß man von diesem Deutschland eine Bedrohung des europäischen Friedens befürchtet und derartige Befürchtungen nicht vielmehr an die Tatsache knüpft, daß der Gedanke der allgemeinen Abrüstung bei den anderen Nationen bisher keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat...“

...Die schweren Opfer, welche die deutsche Regierung von dem deutschen Volke verlangen muß, um die Gedanken des Sachverständigengutachtens in die Tat umzusetzen, sind nur in der Überzeugung tragbar, daß dem deutschen Volke seine vertragsmäßigen Rechte wieder gesichert werden und daß somit die Lösung der Reparationsfrage nicht nur einen finanziell-wirtschaftlichen Akt darstellen, sondern eine neue Ära in den Beziehungen der Völker einleiten wird.

In dem Vertrauen darauf, daß diese Auffassung von den alliierten Regierungen geteilt wird, und unter Feststellung der ausdrücklichen Erklärung der alliierten Regierungen, daß es sich bei der geforderten Generalinspektion um den Abschluß der interalliierten Militärkontrolle und um den Übergang zu dem in Artikel 213 des Vertrages vorgesehenen Verfahren handeln soll, ist die deutsche Regierung bereit die Generalinspektion zuzulassen.

Botschafter von Hoesch bei Herriot.

Gestern nachmittag um ½2 Uhr wurde der deutsche Botschafter v. Hoesch durch Herriot empfangen. Der Botschafter überbrachte das deutsche Schreiben über die Militärkontrolle.

An diese Überreichung schloß sich eine längere Besprechung des deutschen Botschafters mit Herriot. Das Gespräch drehte sich hauptsächlich um die Begnadigung der Ruhrgefangenen und um die direkte Regelung der Micum-Verträge. Der deutsche Botschafter bedankte sich zunächst für die Aufhebung der Ausweisungsbefehle, er brachte jedoch dabei zum Ausdruck, daß damit nicht alle Wünsche der deutschen Regierung und des deutschen Volkes erfüllt seien. Deutschland hoffe, daß auch in weitestem Umfange alle Gefangenen begnadigt werden, die wegen Beteiligung an dem passiven Widerstand zu Strafen verurteilt worden sind. Dann wandte sich die Unterhaltung zwischen Herriot und Hoesch den Micumverträgen zu. Über technische Einzelheiten dieser Abkommen hatte schließlich Hoesch noch eine Besprechung mit Peretti della Rocca.

Das Gespräch, das bei der Überreichung der Note zwischen Herriot und Botschafter v. Hoesch über die Micumverträge geführt wurde, scheint erhebliche Schwierigkeiten bezüglich dieser Frage zutage gefördert zu haben. Es scheint, daß der bekannte Gegensatz in der Auffassung der beiden Regierungen noch besteht. Die französische Regierung wünscht das Verlängern der Verträge mit der Ruhrindustrie, während die deutsche Regierung die Verträge möglichst bald direkt abschließen möchte.

Es handelt sich jetzt darum, ein Kompromiß zu suchen, derart, daß sich die französische Regierung mit einer sehr kurzfristigen Verlängerung der Verträge in ihrer bisherigen Form begnügt und nicht unbedingt darauf besteht, sie in der jetzigen Art bis zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage fortzusetzen. Ob und welche Zugeständnisse der französischen Regierung in diesem Punkte zu erwarten sind, konnte jedoch bisher nicht festgestellt werden.

Aus der französischen Kammer.

Wäscherinnen- und Friseurrechnung auf Reparationskonto.

Der Abgeordnete Philippoteaux erklärte u. a.: „Auch bei den Besatzungstruppen, namentlich den Offizieren, seien Ersparnisse nötig. Die Jagden der Offiziere kosteten skandalöse Summen. **In den besetzten Gebieten gingen sogar Rechnungen von Wäscherinnen und Friseuren der englischen Offiziere auf Reparationskonto.“**

In der Nachmittagssitzung antwortete der Kriegsminister, General Nollet, auf die Ausführungen.

Ein kommunistischer Abgeordneter ruft dazwischen: „Nichtsdestoweniger sind die Mißbräuche Tatsache.“ — Der kommunistische Abgeordnete Vaillant-Couturier ruft: „Und unsere Soldaten haben sich mit den deutschen Arbeitern verbrüdert.“

Der Abgeordnete Philippoteaux verlangt vom Kriegsminister eine Untersuchung der Zustände bei der Besatzungsarmee.

Auf die Rede des Sozialisten Blum, über die wir schon gestern berichteten, namentlich in der Angelegenheit der Ruhrbesetzung, antwortet Herriot. Er sagt: „**Dadurch, daß wir von der Kammer verlangen, die Ruhrkredite zu bewilligen, geben wir nichts von unserer ministeriellen Erklärung preis. Welche Meinung man auch über die Ruhrpolitik haben kann, jetzt in dem Augenblick, in dem wir verhandeln, können wir das Ruhrgebiet nicht räumen. Ich begreife wohl, was der Abgeordnete Blum gesagt hat. Aber ein kommunistischer Redner hat die sofortige Räumung des Ruhrgebiets verlangt. Das würde bedeuten, daß Frankreich seine Rechte aufgibt.**“

Deutsches Reich.

Eine Prämie auf Staatsverrat.

Berlin, 1. Juli. Soweit im Reichsjustizamt Aufzeichnungen der ergangenen Verurteilungen von im unbesetzten Deutschland ergriffenen treulosen Rhein- und Ruhrdeutschen vorliegen, werden durch die Amnestie des Reichspräsidenten etwas über 1000 Personen in Freiheit gesetzt. Die Deutschnationalen kündigen bereits heute eine neue Interpellation an die jetzige Reichsregierung an, da sie die Amnestie des Reichspräsidenten als Prämie auf staatsfeindliche Umtriebe und auf Spionage zugunsten der Besatzungsarmee ansehen.

Weitere geschäftliche Zusammenbrüche.

Berlin, 1. Juli. In der abgelaufenen Woche sind in Berlin 46 Konkurse, im Reiche 219 Konkurse zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum haben wieder 78 Firmen die Geschäftsaufsicht beantragt.

Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Mainz, 1. Juli. Am Sonntag früh wurden die Verhaftungen im besetzten Gebiet fortgesetzt. Die Blätter dürfen nur zensierte Berichte bringen. In Mainz sind Sonntag früh 9 Bürger, in Bingen drei Einwohner in Haft genommen.

Von der Wirbelsturmkatastrophe am Eriesee.

Eine Meldung der „T.-U.“ aus London sagt, daß etwa 300 Personen getötet und 1500 verwundet sein sollen. Der Bürgermeister von Lorain berichtet, daß 7000 Personen dort obdachlos sind.

Nur zwei Gebäude in der Stadt sind unversehrt. Die Behörde hat über die vom Sturm heimgesuchte Gegend den Belagerungszustand verhängt, um Plünderungen vorzubeugen.

Weitere Meldungen besagen: Das Stadttheater in Lorain, das 300 Personen faßt, wurde zerstört und 165 Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Der Sachschaden soll sich auf mehr als 12 Millionen Dollar belaufen. Man fürchtet, daß der Dampfer, der den Verkehr auf dem Eriesee versieht und der zur Zeit des Sturmes 200 Passagiere an Bord hatte, infolge des Unwetters untergegangen ist. Der Gouverneur von Cleveland hat Bundestruppen in die heimgesuchte Gegend entsandt.

Ein Augenzeuge der Katastrophe gibt folgende Beschreibung: Meine Frau und ich begaben uns im Automobil nach Lorain. Einige Kilometer vor der Stadt begegneten wir einem aus der Stadt kommenden Auto, dessen Chauffeur uns sagte, daß ein Wirbelsturm den Ort zerstört habe. Wir setzten jedoch unseren Weg fort, aber bald versperrten uns entwurzelte und übereinandergeworfene Bäume den Weg. Wir gingen zu Fuß nach der Stadt; überall Ruinen, Häuser ohne Dächer, zahlreiche Gebäude brannten. In den Straßen liefen Männer, Frauen und Kinder herum. Unter den Ruinen bemerkte man hier und da verstümmelte Körper. Das Kinematographentheater war ebenfalls eingestürzt und hatte 80 Leichen unter den Trümmern begraben.

Aus anderen Ländern.

Herriot will den Frieden erklären.

Genf, 1. Juli. Ueber die Demarche des deutschen Botschafters bei Herriot meldet Havas, daß der Ministerpräsident die deutschen Wünsche entgegengenommen habe, daß er aber keine Zusage geben konnte, da die vorgetragene Materie von der Gesamtheit der Alliierten zu entscheiden sei.

„Echo de Paris“ meldet, Herriot habe dem deutschen Botschafter erklärt, daß er an dem Sieg Frankreichs festhalten müsse, aber bereit sei, mit den übrigen Alliierten Europa den Frieden zu erklären. **Demnach hält auch Herriot den Vertrag von Versailles für keinen Friedensvertrag!** D. Red.).

Von der gespannten Lage in Italien.

Zürich, 1. Juli. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Im Kabinett wird bestritten, daß eine Verschärfung der Lage eingetreten sei. Die Ausschreitungen in Turin und Mailand würden Teilerscheinungen bleiben. Der Nichteintritt der Opposition in das Parlament wurde von der gestrigen Tagung der sozialistischen Landespartei Italiens gebilligt. Die polizeilichen Schutzmaßnahmen für Mussolini sind auch auf das Parlamentsgebäude ausgedehnt worden.

Herriots Verwunderung.

Basel, 1. Juli. Die „Basel. Nat.-Ztg.“ gibt ein bedeutsames Interview Herriots mit der sozialistischen Zeitung „New Leader“ wieder. Darnach hat Herriot gesagt, die moralische Zusammenarbeit, die er mit Deutschland anstrebe, sei keine bloße diplomatische Höflichkeit gewesen. Er sei bereit, den alten Haß zu vergessen. Seine erste Tat nach Uebernahme der Regierung habe deshalb darin bestanden, die Ruhrgefangenen zu befreien und die Ausgewiesenen zurückkehren zu lassen. Es habe ihn gewundert, daß die deutsche Presse diese beiden Taten gar nicht gewürdigt oder falsch gedeutet hätte. Er werde daran festhalten, daß Deutschland sich dem Garantievertrag anschließen und in den Völkerbund eintreten könne.

In kurzen Worten.

Die neue Innsbrucker Universität. In Innsbruck fand in feierlicher Weise die Eröffnung des neuen Universitätsgebäudes statt, mit dessen Bau bereits im Jahre 1914 begonnen wurde.

Düsseldorfer Kunstausstellung in Köln. Nachdem es durch die Beschlagnahme des Kunstpalastes in Düsseldorf der Künstlerschaft unmöglich gemacht worden ist, die für das Jahr 1924 geplante Große Düsseldorfer Kunstausstellung durchzuführen, hat der Verein zur Veranstaltung von Kunstausstellungen einer Einladung der Stadt Köln stattgegeben, in den dortigen Messehallen die Ausstellung stattfinden zu lassen.

*

In Anwesenheit des Generals Lietzmann und des Abg. Ludendorff fand am Montag in Neu-Brandenburg die Grundsteinlegung zu einem Schlageter-Denkmal statt.

*

Die deutschen Beamten-Spitzenorganisationen haben von der Regierung die sofortige Außerkraftsetzung der Personalabbauverordnung und Wiederherstellung des vor Erlaß derselben in Kraft gewesenen Rechtszustandes verlangt.

*

Ein Bevölkerungspolitiker. Am Schlusse eines Ballfestes in Vanes in Frankreich, das zur Erhöhung der Feierlichkeiten der dort alljährlich stattfinden Messeausstellung stattfand, richtete der Bürgermeister an die tanzende Jugend die Frage: „Welche Paare unter Euch sind bereit, sich zu verloben?“, und unter dem Jubel der Anwesenden traten sogleich eine Anzahl Pärchen vor. Die Verlobungszeremonie fand darauf sofort in den Bureauräumlichkeiten des Bürgermeisters statt, wobei dieser den Wunsch aussprach, auch die Trauung baldmöglichst vornehmen zu können.

Letzte Meldungen.

Verlängerung der Micumsabkommen.

Nach einem Telegramm aus Düsseldorf führten die dortigen deutschen Verhandlungen mit der Micum zu folgendem Ergebnis:

a) **Die laufende Kohlensteuer wird auf 75 Prozent festgesetzt.**

b) **Die Ein- und Ausfuhrabgabe (Verkehr mit dem Auslande), sowie die Zuleistungs- und Ablaufsgebühren (Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet) der Konzerne und Zechen werden auf die Hälfte herabgesetzt.**

c) **Die Verkehrsabgabe für die Nebenprodukte wird auf 1 Prozent ermäßigt. Die Lieferung der Nebenprodukte wird auf folgende Prozente der Herstellung festgesetzt: 10 Prozent für Benzol (wie bisher), 5 Prozent für Pech (statt 10 Prozent), 8 Prozent für Schwefelsäure, Ammoniak und die übrigen Nebenprodukte (statt 10 Prozent).**

Andauernde Besserung des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel.

Bundeskanzler Dr. Seipel unternahm heute in Begleitung seines Hausarztes und eines Ministerialrates seine erste Ausfahrt im Automobil nach Schönbrunn, wo er einen Spaziergang unternahm. Von der Bevölkerung wurde er auf das herzlichste begrüßt.

Zur Weltabrüstung.

Rotterdam, 1. Juli. Der „Telegraf“ meldet aus London, der Nachtragsetat zur englischen Luftflotte fordert 11 neue Geschwader innerhalb Jahresfrist. Das Unterhaus wird sich erst im Juli mit der neuen Vorlage zu befassen haben.

Amerika gibt offiziell keinen Kredit.

Genf, 1. Juli. Der „Herald“ meldet aus Newyork: Im Senatsausschuß wiederholte Hughes die Erklärung, daß Amerika sich offiziell an keinen Anleihen für Europa beteiligen könne.

Abermaliger Empfang des deutschen Botschafters.

Genf, 1. Juli. „Havas“ meldet Sonnabend abend, daß Herriot in den nächsten Tagen erneut den deutschen Botschafter empfangen wird, nachdem die Rückfragen bei den Alliierten, deren Stellungnahme zu den deutschen Wünschen im allgemeinen ergeben hätten. Eine Zusicherung von Gegenleistungen über die bisher gewährten hinaus, sei kaum vor der Annahme der Durchführungsgesetze der Expertenberichte im deutschen Reichstag möglich.

Um Matteoti.

Zürich, 1. Juli. Die „Züricher Nachr.“ melden aus Rom: Es besteht seit gestern Hoffnung, daß die Nachforschungen nach dem Leichnam Matteottis Erfolg haben und den Schleier vom Geheimnis endlich heben werden. Die Polizei hat seit gestern bestimmte Anhaltspunkte über den Ort, wo der Leichnam versteckt wurde.

Statt Karten.

Anna Jendrike
Ernst Schleiffer
Verlobte

Daniszyn — Kępno

im Juni 1924.

Statt besonderer Mitteilung!

„Mit der Freude zieht der Schmerz traulich durch die Zeiten — —"

Heut vormittag ging von uns zu unserm Vater im Himmel unsre treue Mutter, unser freundliches Großmütterlein, Frau Distrikts-Kommissar

Auguste Seipold, geb. Tesche

im 76. Jahre ihres Lebens, nach 36 jähriger Witwenschaft. — Die Beisetzung findet statt am Freitag, dem 4. d. Mts., abends 6½ Uhr auf dem Schillings-Friedhofe.

Posen, den 2. Juli 1924.

Agnes Greulich, geb. Seipold.
Pastor K. Greulich.
Pastor G. Greulich.
Irmgard Greulich, geb. Sarrazin.
Hans, Ulrich, Karl Greulich.

Verschiedenes

Aus Stadt und Land.

Posen, den 2. Juli.

Die Julimiete.

Nachstehende Tabelle über die vom 1. d. Mts. ab um 4 % gesteigerten Mietssätze, wie sie für die Monate Juli, August und September d. Js. gelten, dürfte unseren Lesern, Hausbesitzern wie Mietern willkommen sein:

Wenn die Miete im Juni 1924 betrug Mark	Für eine Ein-Zimmerwohnung 9 Proz. der Grundmiete von 1914		Für eine Zwei- bis Drei-Zimmerwohnung 14 Proz. der Grundm. von 1914		Für eine Vier- bis Sechs-Zimmerwohn. 19 Proz. der Grundm. von 1914	
	1 Monat	3 Monate	1 Monat	3 Monate	1 Monat	3 Monate
	in Zloty					
6	0,66	1,98	1,03	3,09	1,44	4,20
7	0,77	2,31	1,20	3,60	1,63	4,89
8	0.88	2,64	1,38	4,14	1,87	5,61
9	0,99	2,97	1,55	4,65	2.10	6,30
10	1.11	3,33	1,72	5,16	2,34	7,08
11	1,22	3,66	1,93	5,79	2,57	7,71
12	1,33	3,99	2,07	6,21	2,80	8,40
13	1,44	4,32	2,24	6,72	3,04	9,12
14	1,55	4,65	2,41	7,23	3,27	9,81
15	1.66	4.98	2.58	7,74	3,50	10,50
16	1,77	5.31	2,75	8,25	3,74	11,22
17	1,88	5,64	2,93	8,79	3,97	11,91
18	1,99	5,97	3,10	9,30	4,21	12,63
19	2,10	6,30	3,27	9,81	4,44	13,32
20	2,21	6,63	3,44	10,32	4,67	14,01
21	2,32	6,96	3,62	10,86	4,91	14,73
22	2,43	7,29	3,79	11,37	5,14	15,42
23	2,54	7,62	3,94	11,89	5,35	16,05
24	2,66	7,98	4,13	12,35	5,61	16,83

Die Wald-Danina.

Der „Kuj. Bote" erhält von sachverständiger Seite folgende Zuschrift:

Das Gesetz über die Forstdanina sieht vor, daß 60 Prozent des jährlichen Einschlages drei Jahre lang als Steuer abzugeben sind. Es ist dafür gestattet, 70 Prozent über den jährlichen Einschlag zu schlagen. Das Gesetz ist hart, nimmt fast den ganzen Gewinn, die Unkosten für Holzschläger ungerechnet, aber die 70 Prozent Mehreinschlag würden dem Waldbesitzer ermöglichen, den Betrieb weiter zu betreiben, d. h. die Unkosten für die ganze Wirtschaftsführung zu bestreiten, Steuern und Zinsen zu bezahlen. Wie sieht aber die Ausführung des Gesetzes aus?

Der Waldbesitzer ist verpflichtet, einen Behauungsplan einzureichen. Dieser Plan wird bei der Landwirtschaftskammer beantragt, aber da alle Waldbesitzer diesen Antrag stellen, ist die Kammer natürlich nicht in der Lage, in den wenigen Monaten auch nur einen kleinen Bruchteil der gewünschten Pläne fertigzustellen. Die Anforderungen der Regierung sind nämlich derart kompliziert, daß ein auch noch so gewiegter Forstmann Monate für einen Wald von rd. 2000 Morgen braucht, um ihnen gerecht zu werden. Die Kammer fand also den einzig möglichen Ausweg, indem sie nach Besichtigung der Forst und Einsicht in den bisherigen Behauungsplan vorläufige Feststellungen über die Menge des einzuschlagenden Holzes machte, die dann auch als Unterlage für die Walddanina dienten.

Was geschah nun weiter? Die Behörde erkannte in vielen mir bekannten Fällen diese Einschätzung nicht an und erhöhte sie beliebig auf irgendeine Summe. Z. B. verlangte sie in einem Falle 100 Prozent des Einschlages. Die Zahlung wurde verweigert; darauf folgte die Drohung mit Pfändung, — also wurde gezahlt. Das heißt man verschaffte sich das Geld durch Verkauf von lebendem Inventar oder borgte es zu hohen Zinsen bei den Banken. Wegen der inzwischen eingetretenen Geldknappheit war es unmöglich geworden, das Holz zu verkaufen, es mußte geschält werden (was auch wieder Geld kostete) und im Walde liegen bleiben. Die 70 Prozent Mehreinschlag waren auf Antrag natürlich noch abgelehnt worden. — Der Waldbesitzer ist also momentan in der Lage, daß er seine Walddanina bezahlt, sein Holz aber ganz oder teilweise noch unverkauft liegen hat. Außerdem darf er auf der Bank eine große Schuld zu hohen Prozenten verzinsen. — So sieht die so prächtig durchdachte Walddaninapolitik der Regierung aus. Man irrt aber, wenn man glaubt, daß es nur die Walddanina ist, die an den Grundlagen der Steuerkraft des Staates rüttelt, ebenso ist es mit allen anderen Steuern. Es wird nicht nur die ganze Einnahme weggesteuert, das wäre noch mit der Notlage des Staates vereinbar, nein, die Substanz wird angegriffen. Da sagen hohe Herren: „Verkaufen Sie doch einen Teil Ihres großen Besitzes!" Ein Versuch ergab wohl einige wenige Käufer für lächerlich billige Preise, — aber Geld konnte niemand zahlen. — den es hat eben keiner mehr Geld.

Die Verwüstungen unserer Nadelwälder.

In der Sonntagsausgabe vom 22. v. Mts. (Nr. 141) des „Pos. Tagebl." wiesen wir in einem längeren Artikel auf die furchtbaren Verwüstungen hin, die die Kieferneule in unseren Waldungen angerichtet hat, so daß ein großer Teil unserer Nadelwälder bereits vollständig vernichtet bzw. dem vorzeitigen Tode geweiht ist. Gleichzeitig betonten wir die bedauernswerte Tatsache, daß der Mensch gegen dieses ekelerregende Insekt völlig machtlos ist. Das beweist u. a. die Feststellung, daß es seinen Siegeszug inzwischen ruhig weiter fortgesetzt hat, nach Osten und auch nach dem Westen zu. Es scheint fast so, als ob der ganze mitteleuropäische Nadelwald der Kieferneule und ihrer vernichtenden Tätigkeit preisgegeben werden soll. Angesichts der drohenden Gefahr hatte man in den deutschen Grenzkreisen (Friedeberg, Landsberg a. W., Schwerin a. W., Ost- und Weststernberg) Waldschneisen von ungeheurer Breite angelegt, um der im Kreise Birnbaum eingenisteten Kieferneule den Übertritt in die deutschen Waldungen unmöglich zu machen. Aber auch dieses Mittel hat sich als völlig nutzlos erwiesen. Denn die Kieferneule, die sich, wie wir bereits früher betont haben, nicht auf dem Erdboden fortbewegt, um in ein neues Zerstörungsgebiet zu kommen, sondern von den Baumwipfeln her ihre zerstörende Tätigkeit beginnt, ist nach Mitteilungen deutscher Blätter bereits in den preußischen Waldungen weit vorgedrungen, überall die furchtbaren Spuren ihrer Verwüstung deutlich zurücklassend. Bis nach Reppen, dem Eisenbahnknotenpunkt kurz vor Frankfurt a. O., hat die Kieferneule ihre Tätigkeit bereits ausgedehnt und unermeßliche Waldkomplexe vernichtet. Und dabei sieht man keine Möglichkeit, wie man dem gefährlichen Insekt mit Aussicht auf Erfolg beikommen kann. Das ekelhafte grüne Insekt bedeckt mehrere Zentimeter hoch den Waldboden, nachdem es an den Nadelbäumen sein Zerstörungswerk vollendet hat. Wie soll das einmal enden? hb.

Zeitgemäß gegen Feuersgefahren versichern!

Die furchtbare Inflation der polnischen Mark, wie sie sich besonders im vergangenen Jahre bemerkbar machte, hat u. a. auch auf dem Gebiete des Feuerversicherungswesens ungeheure Verwirrung angerichtet. Denn kein Mensch war ja in der Lage, mit seinen Nachversicherungen gegen Brandschaden gleichen Schritt zu halten. Wenn ein solcher Antrag dann glücklich formgerecht erledigt war, dann hatte die Entwertung der Mark inzwischen einen so riesenhaften Sprung weiter gemacht, daß im Falle eines Brandschadens die zur Auszahlung gelangende Entschädigungssumme kaum genügte, um die Kosten für die Neubeschaffung eines bescheidenen Tisches zu decken, während der sonstige Brandschaden auf das Konto der unfreiwilligen Selbstversicherung fiel. Diesem schreienden Mißstande zwischen wirklichem Brandschaden und der gezahlten Entschädigung versuchten die Versicherungsgesellschaften durch die Einführung der automatisch steigenden Versicherungssummen abzuhelfen. Doch die Mehrzahl der Versicherten verhielt sich unbegreiflicherweise diesem Vorteil gegenüber ablehnend. Jetzt ist mit der Einführung der Zloty-Valuta der Zeitpunkt für jeden gegen Brandschaden Versicherten gekommen, eine wertbeständige Versicherung auf Grund der Zloty-Valuta abzuschließen. Es liegt in jedermanns wohlverstandenem eigenen Interesse, derartige Anträge bei den Versicherungsgesellschaften zu beschleunigen, namentlich auch angesichts der Hochsommerzeit, der wir entgegengehen und in der erfahrungsgemäß die meisten Brände ausbrechen. Will man sich im Falle eines Feuers vor großem Schaden schützen, dann wird es jetzt Zeit, die Versicherungen auf der Zloty-Grundlage abzuschließen. hb.

Unreifes Obst.

In diesen Tagen reifen Erdbeeren, Stachelbeeren, Johannisbeeren und bald auch Frühäpfel und Birnen. Sie versprechen nach dem günstigen Wetter in der Blütezeit erfreulicherweise in den meisten Gegenden eine gute Ernte. „Guter Magen kann alles vertragen!" Mag sein! Ich erinnere mich noch lebhaft, daß wir als Kinder, wenn Stachelbeeren, Äpfel und Birnen nach der Blütezeit gerade erst zu schwellen begannen, die Zeit nicht abwarten konnten, bis sie reif waren. Eine besondere Anziehungskraft hatte für uns Kinder eine Anzahl wilder Äpfel- und Birnbäume, die neben einigen Rieseneichen auf dem Felde des väterlichen Gutes in der Nähe eines gewaltigen Findlings standen. Diesen Findling, der inzwischen längst zu Chausseesteinen zerklopft ist, hatten nachweislich unsere heidnischen Vorfahren als Opferstein benutzt, und diese sagenumwobene Stätte war für uns ein beliebter Sammelplatz für unsere Spiele, wie „Räuber und Gendarm". Dort veranstalteten wir zur Sommerzeit gerne förmliche Opferschmause zu Ehren der Spender der essigsauren Früchte, die in einem auf dem Opferstein entzündeten Feuer angebraten wurden. Dieses „unreife" Obst bildete für uns eine Art Delikatesse — die Geschmäcker sind bekanntlich verschieden — und hat uns auch kaum geschadet. Wir waren damals gesunde, nicht durch den Krieg unterernährte Kinder und konnten uns den Tag über in der frischen Luft in Feld und Wald nach Herzenslust tummeln. Glückliche Kindheit!

Diese Erinnerungen scheinen die Richtigkeit des obigen Sprichworts zu bestätigen. Sie beweisen ferner, daß bei Kindern oft eine förmliche Sucht nach unreifem Obst herrscht, daß selbst der unangenehme Geschmack und die starke Säure sie nicht abhalten kann, wie Adam von der verbotenen Frucht zu essen. Betrachtet man aber die Frage vom gesundheitlichen Standpunkt, so kann vor dem Genusse unreifen Obstes für Erwachsene und Kinder nur immer wieder ernstlich gewarnt werden. Denn erstens ist die starke Säure unreifen Obstes ein Reizmittel, das auch der beste Magen in größeren Mengen nicht verträgt und im Darm starke Reize verursacht, die sich in heftigen Schmerzen, starken Durchfällen, Kopfweh usw. nur zu deutlich zu zeigen pflegen. Ferner hindert der wenig angenehme Geschmack am genügenden Kauen, und die Frucht gelangt nicht hinreichend zerkleinert in den Magen. Werden unreife Früchte in reichlicher Menge heruntergeschlungen, wohl auch heimlich von Kindern, so ist dies besonders gefährlich. Es ist nicht erstaunlich, daß bei einem Kinde, das ein Dutzend unreifer Pflaumen verzehrt hat und dann die ihm gewohnheitsmäßig vorgesetzte Milch trinkt, um dem von der Mutter drohenden Unwetter zu entgehen, bald darauf heftige Magen- und Darmverschleimungen auftreten, die zu einer schweren Erkrankung führen können. Mit dem unreifen Obst kommt oft eine große Menge von Pilzen und Mikroben in den Magen, die sich, weil die Verdauungsorgane geschwächt sind, schnell und ungehindert vermehren können. Wenn auch die frühere Annahme, daß durch das Essen von unreifem Obst Krankheiten, wie Cholera und Ruhr unmittelbar entstehen könnten, nicht richtig ist, so ist doch unzweifelhaft, daß der in solcher Weise geschwächte Magen schädliche Keime, gegen die ein gesunder Organismus täglich einen meist erfolgreichen Kampf führen muß, nicht mehr abzutöten vermag. Je weniger appetitlich Obst ist, desto mehr Gefahren birgt sein Genuß in sich. Als vor einer Reihe von Jahren die tückische Cholera auch in Deutschland zahlreiche und in Berlin vereinzelte Opfer forderte, schälte selbst der bekannte Bazillenvater Koch seine Birnen nach den gestrengen Regeln der Desinfektionskunst. Nun, dies mag nicht jedermanns Geschmack sein. Will man aber Obst roh essen, so soll man es wenigstens vorher gründlich in klarem Wasser säubern.

Vor allem muß Obst reif sein. Reifes Obst gilt mit Recht wegen seines erfrischenden Wohlgeschmacks als beliebtes Genußmittel und gesundes Nahrungsmittel. Falsche Sparsamkeit ist es daher, wenn man unreifes oder halb verdorbenes Obst kauft. Besonders zu warnen ist vor der leidigen Gewohnheit, nach dem Obstgenuß reichlich Wasser zu trinken. Eine andere Unsitte, besonders der Kinder, besteht in der Tatsache, die pilzigen Schalen oder die Kerne der Früchte zu verschlucken. Solche Früchte tragen leider nur zu oft — böse Früchte. Auch das Obstessen will gelernt sein!

Sejminterpellation wegen des Ueberfalls auf den Verein der Bibelforscher.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben wegen des Ueberfalls Sekretarczyk und Genossen auf die Andacht der Bibelforscher in Posen am Trinitatis-Sonntage eine Interpellation an den Innenminister gerichtet. In der schriftlich eingereichten Interpellation wird auf das passive Verhalten der Polizei den Banditen gegenüber aufmerksam gemacht und die Bestrafung der Schuldigen verlangt.

Die Schwierigkeiten mit der neuen Valuta.

Gestern, am ersten Tage der neuen Wahrungsgeltung, wollte sich der Geschäftsverkehr doch nicht so glatt wie bisher abwickeln, weil eben die neuen Zloty- und Groschenscheine noch nicht in so ausreichender Menge vorhanden sind, daß allein auf dieser Grundlage der Handel von statten gehen könnte. Ganz abgesehen von dem Metallgeld, das nur hier und da ganz vereinzelt zum Vorschein kommt. Die Posener Geschäftswelt, die bekanntlich infolge der hohen Steuerlasten und der vom Publikum infolge Geldmangels geübten Selbsteinschränkung bei den Einkäufen keineswegs auf

---

Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Rjemasch.

(54. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Die Einkaufs- und Verwertungszentrale war ein weitläufiges Gebäude im Zentrum der Stadt. Ein Fuchsbau mit zahlreichen Ein- und Ausgängen, durch die, von höflichen, livrierten Portiers geregelt, ein ewiges Kommen und Gehen flutete.

Heute herrschte Gewitterstimmung unter dem Heer seiner Angestellten. Von Robbes Zimmern wehte Sturm durchs ganze Haus und pflanzte sich bis in die entferntesten Winkel fort. Das sonst so rosige, runde Gesicht des Privatsekretärs war blaß und zuckte nervös. Er war imstande, jeden niederzuboxen, der ihm widersprach. Die hohen Herren im Hause, die Halbgötter um Jupiter herum, die mit Aktenmappen von Robbe kamen oder zu ihm befohlen wurden, wischten sich den Schweiß von der Stirn. Das niedere Personal flatterte aufgescheucht in den Bureaus herum, duckte sich erwartungsvoll, ohne zu wissen, was eigentlich vor sich ging. Die Telephone schrillten unablässig durch das ganze Haus.

Robbe saß an seinem Schreibtisch, riesenhaft, grotesk, mammutähnlich. Ein paar feierliche Herren standen im Halbkreis um ihn herum. Sie wirkten wie zittrig hingemalte Grundstriche.

„Das wagen Sie mir zu sagen?" donnerte Robbe, daß die Wände zitterten. „Sie wissen nicht Bescheid in Ihrem eigenen Betrieb? Sie lassen sich von Ihren Leuten über's Ohr hauen? Wozu haben wir unseren Auskunfts- und Nachrichtendienst, der Millionen und Millionen verschlingt? Werfen wir den Hallunken von Agenten diese Millionen in den Rachen, damit sie sich die Nachtmütze über die Ohren ziehen und Millionengeschäfte verschlafen können? Dreihundert Millionen, schlecht gerechnet, sind uns durch diese bodenlose Schlamperei, durch die verlodderte Organisation, durch Ihren Mangel an kaufmännischem Instinkt und geschäftlicher Intelligenz verloren gegangen — dreihundert Millionen, meine Herren!"

„Die dortigen Menschen sind notorisch unzuverlässig," sagte einer der Herren, verzweifelt bemüht, seinem Klemmer, der ihm fortwährend von der perlenden Nase rutschte, einen festen Halt zu geben. „Es ist nur anzunehmen, daß unsere Agenten die Information über die Flugzeuge an jemand verkauft haben."

Robbe erhob sich in seiner ganzen unheimlichen Größe. Er warf einen Briefbeschwerer auf die Tischplatte, daß es wie die Explosion einer Handgranate klang und alle Gegenstände auf dem Schreibtisch durcheinandertanzten.

„Herr," schrie Robbe den Mann an, dem der Klemmer nun endgültig auf den Fußboden fiel, „haben Sie ein Kind vor sich? Was schwatzen Sie? Wenn Sie so klug sind und das wissen, dann sperren Sie Ihre Nasen und Ohren doppelt und dreifach auf und sorgen Sie gefälligst dafür, daß solche gefährdeten Distrikte nur zuverlässigen Elementen in die Hand gegeben werden. Wer hat bis jetzt mit den dortigen Agenten verhandelt, wer hat sie empfohlen?"

„Frau Irma Kospotta," rief ein Buckliger.

„Sie soll kommen, sofort kommen . . ." dröhnte Robbes Stimme wie ein Kanonenschuß.

Der Bucklige verschwand mit fliegenden Rockschößen.

„Ich wünsche Aufklärung, genaueste Aufklärung darüber, um welche Typen von Flugzeugen es sich handelt, wie und wohin sie weitergeschoben werden konnten; bis heute abend will ich orientiert sein."

„Es sind bereits alle nur erdenklichen Rückfragen eingeleitet worden," sagte der Privatsekretär sanft und ergeben.

Robbe wühlte in einem Stoß von Papieren. „Weiter. Mir liegen Berichte vor, daß in den Distrikten 9, 10 und 11 die Ernten für das kommende Jahr fast völlig aufgekauft sind. Ich habe keine solche Anordnung getroffen. Von wem geht das aus?

Ein peinvolles Schweigen breitete sich aus. Robbe sah sich mit grimmigem Hohn in dem betretenen Kreise um.

„Ich kann mir gratulieren zu Euch," sagte er. „Wurschtelt nur noch ein Vierteljahr so weiter — und wir machen die Bude zu. Wer hat die betreffenden Distrikte als Aufkäufer bereist?"

„Ein Herr Bruno Redlich."

„Er soll auch kommen!... Weiter. Es sind amerikanische Lebensmittel und Waren unterwegs. Unsere Bestände sollen nicht mehr zurückgehalten, sondern allmählich und vorsichtig auf den Markt gebracht werden. Legen Sie mir Berechnung über die neuen Preisaufschläge vor."

Die Herren notierten eifrig.

„Das ist vorläufig alles. Die einzelnen Herren bleiben zu meiner ständigen Verfügung."

Er winkte mit der Hand. Die Herren drängten wie eine Herde ins Freie.

„Vermuth!"

Der Privatsekretär blieb zurück.

„Ich lasse Herrn Dr. May und Herrn Martin Herms bitten, gelegentlich bei mir vorzusprechen. Vereinbaren Sie eine Zeit. Und sagen Sie Dr. Millering, ich wäre in den nächsten Tagen nicht zu sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Ostdeutsche Monatshefte.** (5. Jahrgang, Nr. 3. Verlag Georg Stilke, Danzig-Berlin.) Das Juniheft der bekannten Zeitschrift ist in der Hauptsache dem wunderschönen Ausflugsort Oliva gewidmet, dem Ort, in dem auch die Monatshefte redigiert werden. Das neue Heft beginnt mit einer Einführung von Bürgermeister Creutzburg und schildert uns dann in einer Reihe ausgezeichneter Aufsätze die reichen Schönheiten dieses Oliva, das mit Recht von Gott gesegnet genannt werden kann. Es wird auf die landschaftlichen Reize hingewiesen, auf das prachtvolle Schloß und seine Bauart, die alte Klosterkirche, den weltbekannten „Königlichen Garten", den „Karlsberg" mit der prächtigen Aussicht und dann die nähere und weitere Umgebung. Wundervolle Bildbeigaben vervollständigen den Eindruck zu einem harmonischen Ganzen. Auch historische Erinnerungsartikel fehlen nicht. Jeder Mensch, der Oliva einmal kennen gelernt hat, wird in diesem Heft ein Erinnerungszeichen finden, ein Andenken aus dieser Stadt, die sagenumwoben, in Märchenpracht seltenster Art, bis in unsere heutige unruhige Zeit hineinträumt.

Rösen gebettet ist, sah sich deshalb veranlaßt, die alte polnische Mark weiter in Zahlung zu geben, und auch das Publikum erklärte sich in seiner großen Mehrheit damit einverstanden, wenn ihm der Rest in polnischer Mark herausgegeben wurde. Erhebliche Schwierigkeiten zeigten sich gestern im **Straßenbahnverkehr** infolge der von der Direktion getroffenen Anordnung, daß die Straßenbahnschaffner die polnische Mark **unter keinen Umständen** in Zahlung nehmen sollten. In den Kreisen des Publikum hatte man für diesen rigorosen Standpunkt eines kaufmännisch geleiteten Verkehrsinstituts begreiflicherweise wenig Verständnis. Auf allen Linien entstand zwischen den Schaffnern und dem Publikum wegen der Zahlung jedesmal eine lebhafte Auseinandersetzung, die regelmäßig damit endete, daß der Fahrgast, der nicht seinen Fahrschein mit 15 Groschen begleichen konnte, von der Straßenbahn einfach abgesetzt wurde. Den Schaden hatte damit jedesmal die Straßenbahn, einmal, indem sie derartige Fahrgäste eine ganze Strecke umsonst befördert hatte, andererseits, indem ihr auf diese Weise eine nicht unerhebliche Einnahme von vielen Millionen entging. Wäre es nicht kaufmännisch richtiger gewesen, das alte Markgeld doch anzunehmen und es nachher bei der zuständigen Stelle einzuwechseln? Man hört heute so oft von dem geringen finanziellen Ertrag unserer ehedem so ausgezeichnet prosperierenden Straßenbahn. Das Gerücht muß wohl etwas übertreiben, da man es sonst doch wohl kaum fertig gebracht hätte, auf eine vielfache Millioneneinnahme zu verzichten. hb.

Neue Postwertzeichen. Die General-Post- und Telegraphendirektion bringt neue Postwertzeichen in Złotyvaluta in den Verkehr, und zwar zu 1, 2, 4, 6, 10, 15, 20, 25, 30, 40 und 50 Groschen, sowie zu 1, 2, 3 und 5 Złoty.

X Sein 30jähriges Berufsjubiläum konnte gestern der Brandmeister von der 2. Wache in der ul. Grundwaldzka (fr. Auguste Viktoriastr.) Fr. **Junghan** begehen.

Der „Verband der Buchhändler in Polen“ hielt am vergangenen Sonntag, 29. Juni, in **Thorn** die Hauptversammlung unter Leitung seines ersten Vorsitzenden Arnold **Kriedte**-Graudenz ab. Hierauf wurden die Verkaufsbestimmungen für deutsche Bücher dahin abgeändert, daß der bisher erhobene Teuerungszuschlag ganz fortfällt. Es werden auf die vorgeschriebenen Verkaufspreise für die Unkosten des Grenzverkehrs und Devisenankaufs 5 Prozent und die entstandenen Porto- und Zollkosten hinzugeschlagen; bei der Umrechnung wird der Kurs der Warschauer Börse vom Tage vorher zugrunde gelegt. Dadurch wird das deutsche Buch in Polen billiger, als wenn es direkt aus Deutschland bezogen wird.

X **Den Bau einer Flußbadeanstalt an der Warthe auf der Bocianka** plant nach einer Bekanntmachung des Starosta Grodzki der **Posener Magistrat**. Die Lage des Gebäudes, der Dämme, der ul. Nadbrzeżna, der Zufahrt sowie der erhöhten Eichwaldstraße (Droga Dębińska) und des Parkes zeigen die Zeichnungen und Aufklärungen, die im Starostwo Grodzkie, Zimmer 2, zwischen 9 und 1 Uhr für Interessenten ausliegen. Dort sind gleichfalls Eingaben oder protokollarische Erklärungen gegen die Erlaubniserteilung, wie auch Forderungen in Sachen der Errichtung und Erhaltung von Einrichtungen sowie betr. Entschädigungssummen bis zum 25. Juli d. Js. einzureichen.

□ **Der erste Wochenmarkt unter der Złoty-Währung.** Auf dem heutigen (Mittwoch-) Wochenmarkt kamen die meisten Verkäufer der polizeilichen Anordnung, die feilgehaltenen Lebensmittel nach Złoty und Groschen zu berechnen nach, notierten jedoch die Preise derart, daß **sie bei der Umrechnung nicht zu kurz kamen.** So kostete die Butter, die auf dem letzten Wochenmarkte 2.200.000 Mark gekostet hatte, heute 1 Złoty 30 Groschen, das heißt 2.340.000 Mk. Die Mandel Eier, die am verflossenen Montag denselben Preis wie die Butter brachte, 1 Złoty 34 Groschen, d. h. 2 410 000 Mk. Aus diesen 2 Beispielen ist zu ersehen, daß das Publikum wieder einmal der leidtragende Teil ist und seine Taschen mehr als bisher füllen muß, weil jetzt in Złoty und Groschen zu zahlen ist. In Massen angeboten war Gemüse, besonders Kohlrabi, die das Bund 30 Groschen kosteten; Mohrrüben brachten das Bündchen 17 Groschen; Schoten das Pfund 33 Groschen. Besonders viel angeboten waren Kirschen, die 25—30 Groschen kosteten. Neue Kartoffeln konnte man für 30 Groschen erstehen, gewöhnliche Heringe für 12 Groschen. Auf dem Fleischmarkt machten die Fleischer Zugeständnisse, nur für Speck zahlte man 67 Groschen, hingegen war Kalbfleisch und Schweinefleisch das Pfund für 55 Groschen zu haben.

Die deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Posen veranstaltet am Sonntag, dem 6. Juli, einen **Familienausflug** nach Golentschin. Gemeinsamer Sammelpunkt: Endstation der Straßenbahnlinie 9 (Solatsch), früh 7 Uhr. Bei Regenwetter findet der Ausflug eine Woche später statt.

X **Der Mieterschutzverband** hält morgen, Donnerstag, im Bohnschen Lokal in der ul. Łazarska 1 (fr. Lazarusstr.) um 7½ Uhr abends eine Versammlung ab.

Konzert von Adam Didur findet heute, Mittwoch, 8¹⁵ Uhr im großen Konzertsaale in der Universität statt. Eintrittskarten sind zu haben in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol) und von 6 Uhr abends bei der Kasse in der Universität.

X **Auf und davon gegangen** ist gestern nachmittag 5 Uhr mit dem Kraftwagen seines Herrn, des Gutsbesitzers **Lehmann** aus Przybyszewo, Kr. Lissa, der Chauffeur Franz **Neukampf**. Er traf gegen 7 Uhr in Posen ein und versuchte hier vergeblich, bei einer Autofabrik in der ul. Skarbowa 20 (fr. Luisenstr.) Benzin zu erhalten. Der Kraftwagen ist ein Fiat-Auto 510/1445 P.-S., mit der Motornummer 0 131 363 und 0 231 365 mit dunkelbrauner Farbe.

X **Veruntreuung.** Einer Frau aus Dolna Wilda 26 (fr. Unterwilda) wurden drei Herrenuhren und eine Weckeruhr im Werte von 175 Złoty, die sie zur Reparatur übergeben hatte, veruntreut.

X **Kindesleichenfund.** In einem Keller des Hauses ul. Franciszka Ratajczaka 8 (fr. Ritterstr.) wurde gestern die Leiche eines noch nicht ganz entwickelten neugeborenen Kindes gefunden.

X **Beim Taschendiebstahl erwischt** wurde gestern vormittag in einem Wartesaal des Hauptbahnhofs ein gewisser Franz **Trzinka**, als er einer Frau aus Schmiegel die Geldtasche stehlen wollte.

X **Diebstahl.** Gestohlen wurde gestern vormittag aus dem Schlachthofrestaurant ein Damenfahrrad im Werte von 300 Millionen.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 6 Betrunkene, 5 Dirnen, 5 Diebe, eine Person wegen Herumtreibens, eine Person wegen Unzuchtverdachts, eine gesuchte Person, 2 Bettler.

---

* **Inowrocław,** 1. Juli. Die für Sonnabend anberaumt gewesene **Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums** war ausschließlich der **Frage der hiesigen Mittelschulen** gewidmet. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Angelegenheit waren trotz der ungünstigen Zeit (die Sitzung war auf 11 Uhr vorm. anberaumt) fast alle Stadtverordneten erschienen. Zunächst ergriff das Wort der Stadtpräsident Dr. Krzymiński und referierte über die Frage der **Uebernahme der Mittelschulen** auf Kosten der Stadt unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Beschlusses des Magistrats und der Schuldeputation in dieser Angelegenheit. Nach einer längeren aussprache an der sich die Stadtv. Wojkowski, Gotowała, Dzioch, Sejmabg. Lisiecki und Propst Gordon sowie der Delegierte des Posener Bezirks-Schulkuratoriums beteiligten, wurde nachstehende Entschließung angenommen: „Das Stadtverordnetenkollegium der Stadt Inowrocław steht auf dem Standpunkt, daß der **Schultyp zwischen der Volksschule und dem Gymnasium** zum Wohle der Mittel- und unteren Klasse der Bevölkerung **unbedingt beibehalten bleiben** muß.“

Aus dem Gerichtssaal.

Sekretarczyk und Genossen vor dem Schöffengericht.

st. **Posen**, 30. Juni.

Am 28. Juni gelangten vor dem Schöffengericht zwei weitere Fälle gegen die bekannten Stockhelden **Sekretarczyk** und **Noskowicz** zur Verhandlung. Den Vorsitz führte wieder der Richter **Nochowicz**.

Der **erste Fall** betraf einen überfall vom 9. Februar d. Js. auf den Kaufmann David **Glückstein**. Als er die Schulstraße um 6 Uhr abends entlang ging, wurde er von zwei Männern überfallen und mit Stockhieben am Kopfe schwer verletzt. Bei diesem Vorfall ist ihm eine Tasche mit einer Milliarde Mark abhanden gekommen. Da er unter den Schlägen ohnmächtig zu Boden sank, kann er nicht genau sagen, wer sich die Tasche angeeignet hat, in den zwei Angeklagten erkennt er aber genau die Angreifer jenes Abends. Der Zeuge **Muchnicki** erkennt ebenfalls die beiden Angeklagten **Sekretarczyk** und **Noskowicz** als die Täter. Der Zeuge befand sich einige Schritte vom Tatort entfernt und sah die Schlägerei, hatte aber Angst einzugreifen, da Sekretarczyk laut schrie: „Schlagt die Juden!“ Die Angeklagten bestritten jegliche Schuld, sie wollen vom ganzen Vorfall einfach garnichts wissen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie den Alibibeweis antreten wollen, antwortet Noskowicz, daß er sich nicht mehr erinnern könne, wo er den fraglichen Abend verbracht habe, da er aber von den Juden immer als Angreifer verdächtigt wird, sehe er sich gezwungen, in Zukunft seinen jeweiligen Aufenthalt **aufzuzeichnen**. Der Vorsitzende erwiderte, er hätte das schon längst tun sollen. Die Verhandlung wurde schließlich vertagt, um den Schneidermeister **Kuffel**, vor dessen Geschäft die Schlägerei stattfand, als Zeuge noch zu laden.

Viel schwieriger verwickelte sich der **zweite Fall**. Hier klagte **Friedental** den **Sekretarczyk** an, von dem er am selben Tage gegen 8 Uhr abends am Alten Markt geschlagen wurde. Friedental war drei Jahre Wagenführer an der Posener Straßenbahn und kennt daher die beiden Angeklagten sehr wohl. Auch hier verneinte Sekretarczyk seine Schuld. Obwohl er auf Befragen des Richters, wo er sich am fraglichen Abend befand, keine Auskunft geben kann, behauptet er mit aller Entschiedenheit weder am Alten Markt noch bei der Tat selbst zugegen gewesen zu sein. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß im vorliegenden Falle zwei Zeugen genannt sind und er den Angeklagten werde verurteilen müssen, falls er sich nicht anders zu wehren wisse. Beim Zeugenverhör ergab es sich einstimmig, daß Sekretarczyk derjenige war, der den vorbeigehenden Friedental ohne Grund mit dem Stocke schlug.

Der zweite Rechtsbeistand der Kläger, Rechtsanwalt Dr. **Jeszke** wies in seiner Rede auf die Schäden hin, die ein Mann, wie Sekretarczyk, verursacht. „Der Angeklagte will uns hier klarmachen, so führte der Rechtsanwalt u. a. aus, daß er ein guter Patriot sei, seine Taten jedoch kennzeichnen ein Barbarentum sondergleichen. Man kann sich die Anwendung der allerschärfsten Mittel gefallen lassen, um die Ansiedlung der Juden in unserer Stadt zu verhindern, aber kein Bürger unserer Stadt darf zu den vom Angeklagten geübten Praktiken des Stockheldentums ruhig zusehen. Das, was Sekretarczyk und Noskowicz mit dem schönklingenden Namen „Vaterlandverteidigung“ benennt, ist nichts weiter als die gemeinste Art der Gesetzesübertretung, die in einem Rechtsstaate nicht straflos verübt werden darf.“ Der Herr **Vorsitzende** bemerkte hier, daß der vorliegende Prozeß einen politischen Charakter trage. „Ich kann dem nicht zustimmen. Würde nämlich der Angeklagte nur aus ideellen Gründen heraus handeln, also unter einem gewissen Zwange, den ihm seine politische Ueberzeugung diktiert, so hätte er auch hier den Mut gefunden, seine Taten einzugestehen. Er würde sich nicht in dieser zynischen Art seiner Verantwortung entziehen, sondern im Bewußtsein, eine gute Tat vollbracht zu haben, ruhig das Urteil abwarten. Die unzusammenhängende Art seines Dazwischenredens und sein unwürdiges Benehmen vor dem Richter zeugen genügend davon, daß wir hier einen kriminellen Verbrecher vor uns haben, einen Verbrecher, der nicht einmal einsehen will, welch' opfervolle Missetaten sein verworrener Gedankengang verursacht. Kaum eine Woche ist verstrichen, da derselbe Angeklagte in Wilda das Lokal der Bibelforscher stürmte und während der Abhaltung ihrer üblichen Andacht an die zwanzig Personen schwer verletzte, darunter eine Frau, die in nächster Zeit ihrer Niederkunft entgegensieht. Und schon gestern wurde dieser Ueberfall auf friedliche Bürger in der amerikanischen Presse besprochen, wobei hervorgehoben werden soll, daß diese Religionsgemeinschaft allein in Amerika über vier Millionen Angehörige zählt. Aus diesem Beispiel können wir ersehen, wer der Urheber der im Auslande leider zu sehr verbreiteten Märchen vom „weißen Terror“ in Polen ist. Diesen Gerüchten entgegenzuarbeiten ist Pflicht eines jeden Bürgers. Bei der Verurteilung der Missetaten des Angeklagten dürfen keine anderen Rücksichten obwalten, als einzig das Gesetz und die Verfassung, der wir alle unterstehen, und die uns ohne Unterschied volle Bewegungsfreiheit und öffentlichen Schutz garantiert. Ich beantrage daher strenge Bestrafung wegen Ueberfall und tätlicher Mißhandlung.“

Der Verteidiger hatte mit seiner Rede ein schweres Stück Arbeit zu leisten, da er vom Angeklagten ständig mit seinem Zwischenreden unterbrochen wurde, so daß ihn der Vorsitzende mehrmals zur Ruhe verweisen mußte. Sekretarczyk aber wurde immer dreister, und als er das Wort zu seiner Verteidigung erhielt, vergaß er vollends den Gerichtshof, und, zur Zuhörerschaft gewandt, begann er seine bekannten Agitationsreden, ohne im Geringsten die Tat selbst zu berühren.

Rechtsanwalt **Cohn** stellte nun den Antrag, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand zu prüfen. Dies erweckte eine neue Flut von Drohungen und Verwünschungen. Da stellte der Rechtsanwalt den Antrag, das Gericht möchte den im Saal anwesenden Noskowicz verhören. Dieser stieg gerade in den Straßenbahnwagen, als der Angeklagte mit dem Stocke auf den Ankläger einhieb. Somit war er gewiß Zeuge des Vorfalles. Die Verteidigung beantragte Vereidigung. Noskowicz, vom Vorsitzenden aufgerufen, erklärt, er wolle keinen Eid ablegen und ebenso nicht aussagen. Das erste Mal sah man ihn vor dem Richter mit verlegener Miene, so unvorbereitet traf ihn diese Forderung. Da meldet sich aus der Zuhörerschar ein wirklich großer Unbekannter, denn er war baumlang und mit einem Knüppel versehen, ähnlich dem, den die zwei Stockhelden bei sich zu führen pflegen. Und dieser Unbekannte behauptet, am fraglichen Abend gemeinsam mit Sekretarczyk in einem Bierlokal gesessen zu haben, wobei sie zum Schluß die Zeche nicht bezahlen konnten und der Wirt alles „ankreiden“ mußte. Aus dieser Aufzeichnung könne man das Datum feststellen. In Kreuzfeuer genommen gab er an, dies nicht beeiden zu wollen, jedoch behauptet er allen Ernstes, daß seine Angaben auf Wahrheit beruhen. Schließlich stellt die Verteidigung den Antrag auf Schließung der Beweisaufnahme. Darob eine Rüge des Vorsitzenden, er wisse selber was zu tun wäre, und brauche keine Belehrung der Verteidigung. Durch diese Bemerkung fühlten sich die Verteidiger beleidigt, und verließen beide demonstrativ den Gerichtssaal.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil **Robert Styra**; für Stadt und Land **Rudolf Herbrechtsmeyer**; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil **Robert Styra**; für den Anzeigenteil i. V. B. **Sikorski**. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Die Zoppoter Waldoper

von Carl Lange.

Dem Sturm mit wogender See, der die Tiefen aufwühlt, war die Nervosität der Inflationszeit vergleichbar. Am schwersten litten die kulturellen Bestrebungen, von denen eine beträchtliche Anzahl sich nicht mehr behaupten konnten. So erging es im vergangenen Jahre selbst der **Zoppoter Waldoper**, die in den mehr als zehn Jahren ihres Bestehens ein nicht wegzuleugender Kulturfaktor geworden war, der seine **erhöhte** Bedeutung durch die Abtrennung Danzigs gewonnen hatte.

Zoppot wagte sich von Jahr zu Jahr an immer höhere Aufgaben heran. Zwar gab es trotz ausverkaufter Vorführungen häufig erhebliche Verluste, die der Stadt zur Last fielen, gewaltige Anstrengungen sind notwendig, den Inhalt der Aufführungen der herrlich gelegenen Waldbühne harmonisch einzuordnen. Technische Wunder sind da in den vergangenen Jahren vollbracht worden. Die ersten Wagnersänger und Dirigenten, die Paß- und Reiseschwierigkeiten nicht scheuten, folgten dem Ruf, und die Vorbereitung und Durchführung der Waldoper ist bei dem großen Apparat nur zu leisten durch eine **Summe von Idealismus** und Aufopferung der Beteiligten und des **Magistrats von Zoppot**, der die Verantwortung der Veranstaltung trägt. Das war auch der Grund für die Absage der schon fast dreiviertel Jahr vorbereiteten Aufführung von Richard Wagners „Lohengrin“, die abgesetzt werden mußte, weil Zoppot dies Wagnis in der Inflationszeit nicht übernehmen konnte. Für die Mitwirkenden war es eine schwere Enttäuschung, vor allen Dingen für den künstlerischen Leiter der Waldfestspiele, den Nachfolger des vor wenigen Jahren verstorbenen Paul Walter-**Schäffer**, Hermann **Merz**. Wir sehen aus dem unvollendeten Bühnenbilde zu „Lohengrin“ (Abdruck im Juliheft der „Ostdeutschen Monatshefte“), wie weit die Vorbereitungen vorangeschritten waren und in welch großem Stil gearbeitet war. Wie schwer muß der Entschluß geworden sein, die Aufführung abzusagen, da eine Reihe erster Künstler und Dirigenten schon verpflichtet war. Hierzu kam das trübe regnerische Wetter des vergangenen Jahres. In diesem Sommer wird die „**Walküre**“ in fünf Aufführungen (27., 29., 31. Juli und 3. und 5. August) gegeben. Von leichteren Opern, Festspielen, dem Wald angepaßten Veranstaltungen führt die Entwicklung zu großen Wagneropern. Ein reiches Gebiet ist erschlossen, das neue Entwicklungsmöglichkeiten der Waldoper zeigt.

Das Schönste einer Waldoper ist nicht wiederzugeben; der abendliche Himmel, der übergang zur Nacht, der Sternenhimmel und vereinzeltes Vogelgezwitscher, jener Zauber einer Sommernacht, auf deren Grunde die Seele bereit ist, den herrlichen Klängen andächtig zu lauschen. Wie stark der Eindruck war, zeigt die Besucherzahl, beweist die Völkerwanderung, die an den Aufführungstagen einsetzte, der besetzte Zuschauerraum und die dicht mit Menschen besäten Wege zur Waldoper bergan. Andächtige Zuhörer lauschten im Walde den Stimmen und Klängen, die eine gewaltige Macht ausübten und die Herzen Tausender Menschen beglückten.

Einer mutigen Tat wird der rechte Lohn. Äußere Anerkennung wurde der Zoppoter Waldoper reichlich zuteil. Zur Weiterführung der einmal aufgenommen Pläne bedarf Zoppot der innigen Teilnahme, um der Tradition treu, weitere Wagneropern aufzuführen. Die Zoppoter Waldoper ist ein Bestandteil des kulturellen Lebens im Osten geworden und hat immer mehr die Aussicht, im Sommer der Höhepunkt künstlerischer Veranstaltungen zu sein, des schönen Zoppot Bedeutung als Badeort auf eine höhere Stufe zu erheben.

Die Durchführung der Idee ist nur bei Anspannung aller Kräfte und großer Anforderungen an die Mitwirkenden zu erreichen. Die Vergangenheit läßt das Beste für die Zukunft und eine Steigerung des künstlerischen Erlebnisses erwarten. Vielen Gegnern zum Trotz hat sich die Oper durchgesetzt. Gegner der Waldoper sind zu starken rückhaltslosen Bekennern geworden, die sich des tiefsten Eindruckes der Aufführungen nicht erwehren konnten.

Dem Volke nahe steht die Bühnenkunst, weil hier viele Faktoren zur Geltung kommen. Bei der Waldbühne **erhöht die Natur** das Erlebnis. So kann und darf der Freistaat **Danzig**, besonders **Zoppot**, stolz sein, eine der wenigen, großen Waldbühnen zu besitzen, und muß sich der Pflicht bewußt sein, die großen Opfer nicht zu scheuen, die Opernaufführungen in großem Maßstabe erfordern.

Gerhart Hauptmanns Ehrenbürgerbrief

von der Stadt Breslau.

Die Ehrung Gerhart Hauptmanns durch Verleihung des Breslauer Ehrenbürgerbriefs haben wir schon berichtet. Die auf Pergament niedergeschriebene Urkunde besagt, daß der Magistrat der Stadt Breslau verleihe:

Herrn Dr. h. c. **Gerhart Hauptmann**,

der ein Sohn der schlesischen Erde, Natur und Märchen, Volksart und Geschichtsbild unserer Heimat mit schimmerndem Faden in seine Dichtungen verwoben hat,

des Wort und Lied von unseren Bergen her weit über die Grenzmark deutscher Sprache sieghaft hinaus erklang und tausendfachen Widerhall gefunden hat,

der die aus dem jungen Dichten eines längst vergessenen schlesischen Poeten sich losringende, das allzeit rege Leben unserer Heimat jahrhundertelang umschwebende Klage: „Musae me adversis oculis aspectant“ verstummen hieß,

der sich zum Herzen der Armen mitleidig und mild niederbeugte und der, was das gequälte Menschenherz ihm zitternd und weinend enthüllte, schöpferisch in vorher nie gehörten Tönen wiedererstehen ließ,

dessen Sehertum, wurzelnd im Weh der Erde und strebend zum Himmelslicht, die schicksalshaften Gewalten des Lebens erschaute,

dessen Geisteskraft des Wesentliche der Wirklichkeit treu und tief erfaßte und voll und reich im Kunstwerk aufleuchten ließ,

der für sein Trachten und Ringen, für sein Sinnen und Dichten immer wieder die Berührung mit der Heimaterde suchte und, als sie ihn mit der leisen Stimme einer Mutter lockte, bei ihr Heimkehr hielt für neues Schaffen und dauernden Verbleib, das Ehrenbürgerrecht unserer Stadt.

Gerhart Hauptmann sprach mit Freude und Dankbarkeit von der Ehre, die ihm durch die Stadt Breslau verliehen sei.

„Was kann es,“ sagte der Dichter, „Größeres geben auf Erden, als die Neigung und Anerkennung seiner Mitbürger erfahren, trotzdem es schwer hält, sich das innere Verdienst selbst zuzusprechen, dem diese Neigung, diese Anerkennung gilt. Nun, wir sind alle Menschen. Auch von mir wird nicht mehr verlangt, als daß ich ein Mensch unter Menschen sei überall. Und wenn man mir etwas Gutes nachsagt: „homo bonus semper tiro est! Ein guter Mensch bleibt immer ein Anfänger.“

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Vom russischen Außenhandel.

Die Gesamtumsätze des russischen Außenhandels haben sich nach Angaben des Volkskommissariats für Außenhandel im April d. Js. auf 34 Millionen Rubel (gegen 43 Millionen im März) belaufen. Der Wert der ausgeführten Waren betrug 22 Millionen Rubel (gegen 31 Millionen im März und 24.8 Millionen im Februar), der Wert der eingeführten Waren 12,3 Millionen Rubel (gegen 12 Millionen Rubel im März und 13,3 Millionen im Februar). Die Handelsbilanz war also im April mit ca. 9,8 Millionen Rubel aktiv (gegen ca. 19 Millionen im März und 11,5 Millionen im Februar). Nach den vorläufigen Angaben der Zollstatistik ergeben sich für den Monat April und die wichtigsten Warengruppen folgende Mengen und Werte, und zwar in der Ausfuhr: Lebensmittel 219 126 Tonnen i. W. von 12 195 000 Rubel, Rohstoffe und Halbfabrikate 140 445 Tonnen i. W. von 9 877 000 Rubel und in der Einfuhr: Lebensmittel und tierische Erzeugnisse 4 169 To. i. W. von 1 176 000 Rubel, Brennmaterial, Asphalt, Teer und Teerprodukte 20 699 000 Tonnen i. W. von 471 000 Rubel, chemische Rohstoffe und Chemikalien 2996 Tonnen i. W. von 1 535 000 Rubel, Erze, Metalle und Metallerzeugnisse 7204 Tonnen i. W. von 3 029 000 Rubel, Schreibpapierwaren und Drucksachen 5048 Tonnen i. W. von 1 120 000 Rubel, Spinnstoffe 7423 Tonnen i. W. von 4 468 000 Rubel. (Hierbei ist zu beachten, daß die Wertangaben der Zollstatistik nach den Preisen von 1913 umgerechnet sind.)

Über die Tätigkeit des Gostorg (Staatliches Ein- und Ausfuhrhandelskontor) in der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres, also in der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 1. April 1924, veröffentlicht die „Ek. Schisn" eine Zusammenstellung, der wir folgende Angaben entnehmen: Getreide wurde in einer Menge von 27 815 000 Pud aufgekauft, d. h. 87,3 Proz. des Jahresvoranschlages. Die Aufkäufe an Pelzwerk hatten einen Wert von 8 173 000 Rubel, worin das noch auf dem Transport befindliche Pelzwerk noch nicht mit einbegriffen ist. Rohleder wurde für 3,22 Millionen Rubel, Borsten 21 500 Pud, Pferdehaar 20 000 Pud, Faserstoffe und Hanf ca. 400 000 Pud, Holz im Werte von 2 625 000 Rubel eingekauft. Hinzu kommen weitere Aufkäufe von Eiern, Tabak, Därmen usw. Der Gesamtwert der aufgekauften Waren betrug 41 566 000 Rubel, während im Voranschlag 63 752 000 Rubel angesetzt waren. Was den Import des Gostorg betrifft, so wurden im Auslande Aufträge im Werte von 18 036 000 Rubel gemacht. Tatsächlich bezogen wurden im ersten Halbwirtschaftsjahr vom Auslande Waren im Werte von zusammen 13 899 000 Rubel, darunter Rohstoffe für 5 872 000, Farb- und Gerbstoffe für 2,3 Millionen, technisches Material für 2, Medikamente und Chemikalien für 1 865 000, Schreibmaterial für 778 000 Rubel. Unter den Rohstoffen, die importiert wurden, standen an erster Stelle Baumwolle und Wolle.

Die Außenhandelstätigkeit des Zentrosojus (Zentrale der Genossenschaften), die infolge der Erlangung von Auslandskrediten im ersten Viertel des laufenden Wirtschaftsjahres einen beträchtlichen Aufschwung genommen hatte, ist in letzter Zeit wieder zurückgegangen, was in der Hauptsache auf den Rückgang der Getreideausfuhr zurückzuführen sein dürfte, an welcher der Zentrosojus bekanntlich in erheblichem Maße beteiligt ist. So betrug der Wert des Exports im Monat April nur 3 417 000 Rubel, gegenüber 4 349 000 Rubel im März und 4 665 000 Rubel im Dezember. Die wichtigsten Ausfuhrwaren sind landwirtschaftliche Erzeugnisse im Werte von 1,7 Millionen und Rohstoffe im Werte von 1,6 Millionen Rubel gewesen. 42,8 Proz. der Ausfuhr des Zentrosojus gingen nach England, 11,5 Proz. nach Estland, 11,3 Proz. nach Deutschland, 10,5 Proz. nach Italien, 7,3 Proz. nach Belgien, 5,5 Proz. nach Holland.

♂ **Der Jugostahltrust soll, nach einem Beschluß des Obersten Volkswirtschaftsrats in Moskau, teilweise umorganisiert werden und alle metallurgischen Werke, außer den früheren Fabriken von Chaudoir & Hantke, die nicht mit den übrigen metallurgischen Unternehmen organisch verbunden sind, umfassen. Die Debalzewskische Fabrik wird dem südlichen Maschinentrust angeschlossen. Die Fabriken Handtke, Starr in Jekaterinoslaw und die Nagelfabrik in Alexandrowsk werden im ukrainischen Draht- und Nageltrust zusammengeschlossen. Bei dem Jugostahl verbleibt das Werk Sirius. Die dem Jugostahl angeschlossenen Werke gliedern sich in 4 Gruppen, wovon die erste die z. Z. tatsächlich arbeitenden Betriebe Jushno-Brjansk, Chaudoir, Mariupol, Sterowski, Majewski, Konstantinowski und Dumeau umfaßt. Zur zweiten Gruppe gehören die Werke Petrowski und Jussowka, wovon das erstere „konserviert", d. h. für eine spätere Betriebsaufnahme in Ordnung gehalten wird, während das zweitgenannte gegenwärtig mit schwacher Belastung arbeitet. Zur dritten Gruppe gehören die Werke Kertsch und Providence, die z. Z. stillgelegt sind, aber nötigenfalls den Betrieb alsbald wieder aufnehmen können. Die vierte Gruppe umfaßt die völlig liquidierten Fabriken Taganrog, Sulinski, Olchowski, Chaudoir B, Kaniewski. Die Gesamtproduktion des Jugostahl hat sich nach einer vorläufigen Statistik in der ersten Hälfte des laufenden Betriebsjahres auf 7,8 Millionen Pud Roheisen, 9 Millionen Pud Martinstahl, 6 Millionen Pud Walzstahl und 5,8 Millionen Pud Kohle belaufen.**

Verkehr.

♂ **Eine Frachtermäßigung für Holz auf den polnischen Bahnen** ist, wie wir bereits ausführlich mitgeteilt haben, kürzlich Gegenstand von ziemlich weitgehenden Beschlüssen des zuständigen Tarifkomitees gewesen. Das polnische Eisenbahnministerium gibt nunmehr bekannt, daß ab 1. Juli d. Js. der Tarif für unbearbeitetes Holz im inneren Verkehr durch Anwendung der Ausnahmeklasse D. bedeutend herabgesetzt werde. Dagegen soll bearbeitetes Holz in der Klasse B. bleiben. Dieselben Tarife sollen auch bei dem Holzexport angewandt werden. Diese Maßnahme des Ministeriums stellt gegenüber den Beschlüssen des Tarifkomitees ein Kompromiß dar, mit dem sich, wie wir erfahren, der polnische Verband der Holzindustriellen und Holzhändler nicht zufrieden geben will. Vielmehr sollen wegen einer umfassenderen Tarifherabsetzung weitere Schritte unternommen werden. Die ab 1. Juli in Aussicht gestellten Ermäßigungen betragen 3—25 Prozent, im allgemeinen Durchschnitt etwa 12 Prozent. Während z. B. die Sätze für alle Holzarten bei einer Entfernung von 600 Kilometern gegenwärtig 155 Złotygroschen betragen, werden sie sich künftig für bearbeitetes Bauholz im inneren Verkehr auf 150, für den Export auf 140 Groschen stellen, für unbearbeitetes Bauholz im inneren Verkehr auf 125, für den Export ebenfalls auf 140, für Gruben- und Papierholz sowohl im inneren Verkehr wie für den Export auf 110 Groschen. — Im übrigen teilt das Ministerium noch mit, daß Grajewo von den Stationen, auf die beim Export Tarifermäßigungen angewendet werden, auch weiterhin ausgeschlossen bleiben soll. In der Praxis bedeutet dies, wie schon erwähnt, eine Boykottierung des Königsberger Hafens sowie auch eine Schädigung des Wilnaer Holzgeschäfts. Das Ministerium sucht seine Haltung mit dem Hinweis darauf zu verteidigen, daß die Eisenbahnstrecken in jener Richtung auf polnischem Boden nur kurz seien und daß die Linien nach Danzig (die bekanntlich fast jedes Jahr gerade durch die Holzausfuhrtransporte oft wochenlang verstopf gewesen sind. D. Red.) unterstützt werden müßten. Außerdem würden die Exporteure bei Transporten über Grajewo keine Verluste erleiden, da die ostpreußischen Bahnen bedeutende Ermäßigungen gewährten.

Von den Märkten.

Holz. Danzig, 30. Juni. Der Holzmarkt in Danzig hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die durch die allgemeine Wirtschaftskrise hervorgerufen sind. Die schwierigen Finanzbedingungen haben sich letztens in hohem Maße gesteigert. Immer seltener werden hier die Zahlungsfristen innegehalten, so daß die Holzlieferanten auf eine pünktliche Regelung der Zuständigkeiten nicht rechnen können. Gegenwärtig tätigt Holland auf dem Danziger Mark größere Holzeinkäufe. Die holländischen Importeure wenden sich vorwiegend an pommerellische Schneidemühlen, wo sie direkt gesägtes Holz kaufen oder Rundholz, das an Ort und Stelle verarbeitet wird und das infolge der großen Arbeitskosten in Danzig, die um 40 Proz. höher sein sollen als in Pommerellen. Die verhältnismäßig größte Nachfrage besteht für Eiche. Für gesägte Eiche zahlen die Franzosen, die den Danziger Markt immer häufiger besuchen, bis zu 900 franz. Frank pro Kubikmeter. Das Interesse für Telegraphenstangen ist nicht groß, bei einem Preise von 22—23 Schilling pro Kubikmeter. Unsortierte Kiefernbohlen kommen auf 13 Pfund Sterling für einen Standard. Sleepers halten sich weiterhin auf 9/2 sh pro Stück. Breitspurige Kiefernschwellen 4 Schilling das Stück franko Lager Danzig. Angesichts der Ermäßigung der Expeditionsgebühren in Danzig von 22 auf 14 bis 16 Schilling pro Standard unter Einführung erheblicher Nachlässe beim Holztransport auf den polnischen Eisenbahnen vom 1. Juli ab, ist dank der Erleichterung der Kalkulationen eine Steigerung des Verkehrs zu erwarten. Grubenhölzer finden sich in geringen Umsätzen zu 16—17 Schilling pro Kubikmeter. Von seiten der Franzosen sieht man Interesse für erstklassiges Material. Gegenwärtig kostet der Transport von Bohlen und Brettern 42,6—45 sh. proStandard und von Sleepers 11,6—13,6 pro Block (Cargo), ven Danzig nach den Osthäfen Englands.

Metalle. Berlin, 1. Juli. (Für ein Kilo.) Raffinadekupfer 99—99,3proz. 1,03—1,04, Orig.-Hüttenweichblei 0,57—0,58, Hüttenrohzink (freier Verkehr) 0,54—0,55, Zinn (Banca, Straits, Austral) 4,15—4,25, Hüttenzinn 99proz. 4,05—4,10, Reinnickel 98—99proz. 2,25—2,35, Antimon regulus 0,66—0,68, Silber in Barren 900 fein 88,25—88,75.

Edelmetalle. Warschau, 1. Juli. Im freien Verkehr wurden für ein Gramm Reinmetall gezahlt: Gold 3,65, Silber 0,12, Platin 70, Goldrubel 2,68, Silberrubel 1,90, Bilon 0,87. Wegen großer Einkäufe, die vom Vertreter der Londoner Firma Johnson Matthey für Lieferungen nach der Pariser Münzkammer zur Prägung polnischer Münzen getätigt werden, besteht für Silber eine steigende Tendenz. Die Steigerung hat sich auch auf das Gold und das Platin übertragen. Die Metallpreise im Lande sind niedriger als die ausländischen, und es besteht die Befürchtung der Bloßlegung des Landes, was in vielen Hinsichten unerwünscht ist, namentlich da diese Metalle den Rohstoff für unsere chemische und Galvanisierungsindustrie darstellen.

Neuyork, 30. Juni. Diskont 2, ausländisches Silber 65¾ L.

London, 30. Juni. Diskont 2.

Produkten: Lemberg, 1. Juli. Die Stagnation dauert weiter an. Sporadische Transaktionen in Roggen und Buchweizen. Gesamtumsatz 30 To. Gesucht Weizen und Roggen guter Qualität. Tendenz behauptet, bei abwartender Stimmung. Inlandsweizen 19—20 (Schätzungspreise), kleinpol. Roggen 10,75—11,50, Roggen (65/66) 9,20—9,60 (Schätzungspreise), kleinpoln. Braugerste 10,25—10,75 (Schätzungspreis), Futtergerste 8,75—9,75 (Schätzungspreis), kleinpoln. Hafer 11—12 (Schätzungspreis), Buchweizen 10,50.

Warschau, 1. Juli. Transaktionen an der Börse. In Klammern die Tonnenzahl. Pro 100 Kilo netto in Złoty, franko Verladestation: Posener Roggen 117 f garantiert (60) 11,67—11,85, Kongreßroggen 116 f garantiert (15) 10,75; franko Warschau: Roggenmehl 50proz. (15) 26,50. Tendenz fester.

Baumaterialien. Bielitz, 27. Juni. Holz für Zimmerleute das Kubikmeter 52 Z., Bretter pro m³ 44, gewöhnliche Ziegel 1000 Stück 29,17, feuerfest das Stück 0,40, gebrannter Kalk 100 Kilo 3,10, Zement 100 Kilo 5,82, Stuckateurgips 100 Kg. 5,25, Pappen Nr. 100 pro qm. 0,51, Dachteer pro Kilo 0,19, Dachziegel 100 Stück 58,34, Tischlerleim 1,14, Firnis das Kilo 2.

Leder. Warschau, 30. Juni. Preise für Lederriemen für einen lauf. Meter in Złoty loko Lager: Breite 40 mm 4,10, 50 mm. 4,90, 60 mm. 5,60, 70 mm. 6,10, 75 mm. 6,50, 80 mm. 7,30, 90 mm. 8,20, 100 mm 10,60, 110 mm. 11,70, 120 mm. 12,95, 130 mm. 13,70, 140 mm. 14,60, 150 mm. 15,50, 160 mm. 16,50, 170 mm. 17,60, 180 mm. 18,50, 190 mm. 19,40, 200 mm. 28,40, 250 mm. 84. Riemen nach Gewicht 11,40 das Kilo.

Vom Warschauer Warenmarkt. Im Lederhandel sind die Preise für Hartleder, besonders Radomer, gefallen, weil viele Fabrikanten aus Radom, die fällige Wechsel, aber kein Bargeld hatten, ihren Gläubigern Leder zu 0,4 Dollar je Kg. anboten. Aus diesem Grunde mußten auch die Warschauer Gerber die Preise um 5 bis 10 Prozent herabsetzen, darunter die größten Firmen, wie Pfeiffer, Blurk und Temler. Dagegen ist das weiche Leder im Preise gestiegen, da in der letzten Zeit große Aufkäufe für den Export nach Amerika getätigt wurden. Für Wolominer verlangte man jetzt 0,23 gegen 0,2 in der Vorwoche. Radomer ist von 0,18 auf 0,22 gestiegen. Neuen Klienten wird kein Kredit gewährt. Im Handel mit Rohleder ist eine gewisse Belebung eingetreten. Infolge der niedrigen Preise sind zahlreiche Kaufleute aus Amerika, Deutschland und Österreich eingetroffen, die hauptsächlich Kalbleder suchen. Die Preise für Kalbleder sind von 1,25 auf 0,7, für leichtere Sorten von 1,75 auf 0,9, für leichtes Rindleder von 4,7 auf 2,9 je Pud gefallen. Man erwartet aber eine erneute Steigerung der Preise, da die ausländischen Lieferanten jetzt wenig Leder schicken. Der Handel mit farbigem Chromleder hat fast ganz aufgehört. Der Handel mit Schuhwerk macht eine scharfe Krise durch. Eine große Anzahl mittlerer und kleinerer Fabriken ist geschlossen. Dadurch sind die Preise im Engroßhandel gefallen, und zwar für Gemse und lackiertes Schuhwerk um 10 bis 15 Prozent, für Chrom um 20 bis 25 Prozent. — Im Handel mit Textilwaren sind die Umsätze zurückgegangen, und infolge Bargeldmangels die Waren billiger geworden. Wechselproteste kommen häufig vor. Die Widzewer Manufaktur hat sich den übrigen Fabriken angepaßt und gewährt den Grossisten günstigere Bedingungen. In Lodz sind jedoch einige Warengattungen gestiegen, zum Beispiel Leinwand Nr. 100 von 4 auf 4,1—4,2 Złoty. Kaufleute, die Bargeld brauchen, verkaufen billiger. Der Engroßhandel deckt sich schon mit Winterware ein. Von dieser kostet „Sybir" 6/4 0,38, Bojka 15, Sperancja (Geyer) 17 je Meter. Tücher sind um 10 Proz. billiger geworden. Die Tendenz ist auch weiterhin sehr schwach, weil die Vorräte in den Fabriken groß sind. Etwas mehr Absatz haben nur die besseren Gattungen. Zwirn wird noch weniger gehandelt als früher. Wegen Mangel an Bargeld sind die Kaufleute für Ermäßigungen sehr zugänglich.

Börse.

≑ **Warschauer Börse vom 1. Juli.** Es notieren Bankwerte: Diskontowy 4.50, Bank Handlowy w Warszawie 5.00, Bank Związku Spółek dla Handlu i Przemysłu 1.60, Bank Zachodni 1.55, Związku Spółek Zarobkowych 4.05, Związku Ziemian 0.30. Industriewerte, Puls 0.38, Spieß 0.90, Wildt 0.18, Zgierz 1.80, Siła i Światło 0.45; Chodorów 3.70, Częstocice 1.65, Gosławice 1.70, Michałów 0.45, W. T. F. Cukru 3.15, W. T. K. Węgla 3.30, Polska Nafta 0.45, Nobel 1.50, Cegielski 0.53, Lilpop 0.45, Norblin 0.41, Orthwein 0.30, Ostrowieckie 5.75, Parowóz 0.30, Pocisk 1.50, Starachowice 2.14. Unja 4.00, Ursus 1.05, Zawiercie 33.00, Żyrardów 60.50, Haberbusch 4.80, Ćmielów 0.65.

≑ **Berliner Börse** vom 1. Juli. (Amtlich.) Warschau 79.50 bis 81.50, Neuyork 4.19—4.21, London 18.09½—18.18½, Paris 21.85 bis 21.95, Wien 5.91—5.93, Prag 11.29—11.35, Mailand 18.10 bis 18.20, Brüssel 19.15—19.25, Budapest 5.09—5.11, Schweiz 74.41 bis 74.79, Helsingfors 10.44—10.51, Sofia 3.05—3.07, Amsterdam 157.51 bis 158.29, Christiania 53.69—56.24, Kopenhagen 65.98—66.32, Stockholm 111.12—111.58, Madrid 56.04—56.34, Buenos Aires 1.34½—1.35½, Tokio 1.70½—1.78½, Rio de Janeiro 0.45—0.46, Bukarest 1.76—1.78, Kattowitz 79.74—81.76, Kowno 39.40—40.20, Danzig 72.38—72.74, Belgrad 4.83—4.85, Lissabon 11.47—11.53, Riga 79.20—80.30, Reval 0.95½—0.97[illegible].

≑ **Wiener Börse vom 1. Juli.** (In 1000 Kronen.) Mrażnica 28 bis 44, Tepege 32—37, Zieleniewski 65, Apollo 530, Karpaty 170.1, Fanto 215, Galicja 1375, Schodnica 250, Bank Hipot. 7, Nafta 210, Kol. Lwów—Czern. 140, Brow. Lwow. 105, Kol. Południowa 41 800, Alpiny 395, Silesia 16, Krupp 167, Praskie Tow. Żel. 1810, Huta Poldi 638, Rima 106, Goleszów 650, Skoda 1242.

≑ **100 Rentenmark = 121.25 Złoty** (errechnet aus dem Danziger Złoty und Rentenmarkkurs).

≑ **Züricher Börse** vom 1. Juli. (Schlußkurse.) Neuyork 5.63⅜, London 24.29, Paris 29.17½, Prag 16.47³⁄₁₆, Mailand 24.16¼, Brüssel 25.70, Budapest 68¾, Belgrad 652½.

≑ **Ostdevisen in Berlin** vom 30. Juni. Freiverkehr. (Kurse in Billionen Mark für je 10 Millionen polnische Mark, Warschau, Kattowitz und Polennoten für 100 Złoty, übrige je 100 Einheiten.) Auszahlung: Warschau 79.69 G., 81.71 B., Bukarest 1.77 G., 1.79 B., Riga 79.69 G., 81.31 B., Reval 0.955 G., 0.975 B., Kowno 39.40 G., 40.20 B., Kattowitz 79.25 G., 81.25 B. Noten: polnische 77.25 G., 81.25 B., lettische 77.50 G., 81,50 B., estnische 0,925 G. 0,925 B., litauische 38.125 G., 40.125 B.

≑ Die **Bank Polski** zahlte am 1. Juli für **Goldmünzen:** Goldrubel 266.66, Mark 123.40, Krone 1.05, lateinische Münzeinheit 100, Dollar 518.20, Pfund Sterling 25.22, skandinavische Krone 138.88, holländische Gulden 208.30, österreichische Dukaten 11.85, belgische 11.75, ein Gramm Gold 3.44 Zł.

≑ **Danziger Börse vom 1. Juli.** (Amtlich). Warschau 111.72—111.28, Złoty 111.47—112.03, Berlin 137.904—138.596, London 25.00, Schweiz 102.75—103.35, Kopenhagen 89.775—90.225, Neuyork 5.7843—5.8132.

Posener Viehmarkt vom 2. Juli 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 78 Złoty, II. Sorte 67 Złoty, III. Sorte 44—50 Złoty. — **Kälber:** I. Sorte 67 Złoty, II. Sorte 58 Złoty, III. Sorte 50 Złoty.

II. Schweine: I. Sorte 77 Złoty, II. Sorte 71—72 Złoty, III. Sorte 60—64 Złoty.

III. Schafe: I. Sorte 49 Złoty, II. Sorte 44 Złoty.

Der Auftrieb betrug: 55 Ochsen, 207 Bullen, 270 Kühe, 382 Kälber, 1816 Schweine, 190 Schafe. — Tendenz: belebt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. Juli 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	20.00—22.00	Gerste	10.80
Roggen	10.50—11.50	Braugerste	13.00—14.00
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	35.00—37.00	Hafer	12.75—13.75
		Roggenkleie	7.50
Roggenmehl I. Sorte (70 % inkl. Säcke)	16.50—18.00	Roggenstroh, lose	1.20—1.40
		„ gepreßter	2.40—2.50
Roggenmehl II. Sorte (65 % inkl. Säcke)	19.75	Heu, lose	3.40—4.20
		„ gepreßt	5.80—6.60

Belebte Nachfrage. — Tendenz: fest.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	2. Juli	1. Juli
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	0.50	0.55
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	3.30	—,—
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	2.00	2.00
Bank Poznański I.—III. Em.	1.75	—,—
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	2.20	—,—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. (exkl. Kup.)	3.80	—,—
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX. (exkl. Kupon)	—,—	2.50
Industrieaktien:		
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	1.50	—,—
H. Cegielski I.—IX. Em. (exkl. Kup.)	0.55	0.55
Centrala Rolników I.—VII. (o. Kup.)	0.65—0.75	0.55
Centrala Skór I.—V. Em.	2.20	2.20
Galwana I.—III.	0.40	—,—
Goplana I.—III. Em. exkl. Kup.	2.50	—,—
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	0.55	0.55
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	2.50	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	2.70	2.75
Iskra I.—IV. Em. exkl. Kup.	0.90	0.90
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—,—	49
Dr. Roman May I.—IV. Em. o. Bezr.	18	18
Młynotwórnia I.—V. Em.	0.45	—,—
Płótno I.—III. Em.	0.40	0.40
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em. exkl. Kup.	—,—	0.30
S. Pendowski I.—III. Em. exkl. Kup.	0.55	0.55
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. exkl. Kupon	0.75	0.75
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	4.90	5
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	—,—	8
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	—,—	0.45
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em. exkl. Kupon	0.35—0.30	0.35
Zakłady Chem. Główna I.—III. Em.	—,—	0.75
Zjed. Browar. Grodziskie I.—II. Em. exkl. Kupon	1.10	1.15

Tendenz: behauptet.

Warschauer Vorbörse vom 2. Juli.

(In Złoty)

Dollar 5.21½. Engl. Pfund 22.27. Schweizer Franken 91.12. Franz. Franken 26.47.

Warschauer Börse vom 1. Juli.

Devisen (in Złoty):

Belgien	23.65	Paris	27.09
Berlin	—.—	Prag	15.23
London	22.40—22.36	Schweiz	92.17
Neuyork	5.18½	Wien	7.30
Holland	194.95	Italien	22.32

≑ 1 Gramm Gold für den 2. Juli 3.4227 Z.

* **Graudenz**, 1. Juli. Sehr unangenehm wurden die Kunden einer Bank überrascht, denen mitgeteilt wurde, das seitens der Bank jeder Kredit gesperrt worden ist. Leute, die seit langen Jahren mit der Bank in Beziehung stehen, wurden dadurch in augenblickliche Verlegenheit gebracht. — Verschiedene hiesige Geschäfts- und Privatleute standen in den letzten Jahren mit einer Firma in Danzig, die Landesprodukte, wie Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh aufgekauft, in Beziehung. Es wurden durch diese große Umsätze gemacht. In letzter Zeit stockten die Zahlungen, und den Passiven stehen nur ganz geringe Aktiven gegenüber. Es verlieren hiesige Geschäftsleute ganz bedeutende Summen. Zu einem Konkurse dürfte es kaum kommen.

* **Karthaus**, 20. Juni. Die Goldene Hochzeit feierte dieser Tage das Klub'sche Ehepaar aus Pollenschin, Kreis Karthaus. Beide Eheleute sind 77 Jahre alt, erfreuen sich jedoch noch großer körperlicher und geistiger Frische. — Ein Besitzer der Umgegend hatte dem lieben Alkohol so stark zugesprochen, daß er auf der Heimfahrt schon in der Seestraße mit seinem Begleiter vom Wagen fiel. Der Begleiter hatte seine Nase stark zerschlagen, während man von dem anderen zunächst annahm, er wäre tot. Nach einer geraumen Zeit erholte er sich aber und mußte nun, da seine Pferde durchgegangen und noch nicht gefunden waren, zu Fuß den Heimweg antreten.

* **Stargard**, 1. Juli. Wie der „Dz. St." zu berichten weiß, geht die Tabakfabrik Goldfarb in staatlichen Besitz über. Zu diesem Zwecke weilte in den letzten Tagen eine Delegation der staatl. Tabakmonopoldirektion in Stargard. Den Verhandlungen bezüglich der Übernahme des Betriebes sollen Schwierigkeiten besonderer Art nicht im Wege stehen. Im Falle der Übernahme durch den Staat soll der Fabrikbetrieb bedeutend erweitert werden, was zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in unserem Orte beitragen dürfte.

Aus Ostdeutschland.

* **Breslau**, 30. Juni. Ein in seinen Ansprüchen keineswegs bescheidener Herr gab durch seinen Freund in einer Breslauer Zeitung ein Heiratsinserat auf und erhielt daraufhin . . . 900 (neunhundert) Zuschriften heiratslustiger junger Damen. Um diese Menge fortzutragen, war ein großer Korb nötig. Inzwischen ist der Inserent auch glücklich verheiratet.

* **Goldberg**, 30. Juni. Der Tischlermeister August Kynast feierte hier sein 70jähriges Meisterjubiläum, wozu ihm mannigfache Ehrungen von der Liegnitzer Handwerkskammer, der Tischlerinnung usw. zuteil wurden. Meister Kynast ist rund 98 Jahre alt, noch vollkommen rüstig und geistesfrisch, er raucht mit Behagen seine Zigarre und trinkt sein Gläschen Bier.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Aus Kleinpolen**, 1. Juli. Ein blutiges Ende nahm dem „Przegl. Wiecz." zufolge eine Hochzeit in der Ortschaft Posawa im Kreise Sanok. Die Hochzeitsfeier fand in dem Gemeindehause statt, und die Fröhlichkeit hatte ihren Höhepunkt erreicht, als drei junge Leute, die mit dem Bräutigam verfeindet waren, eindrangen und Händel anfingen. Als der Bräutigam, der 25jährige Jan Nienczyk, sie bat, doch fortzugehen und das Fest nicht zu stören, fielen sie mit Messern über ihn her. Blutüberströmt riß er sich los und lief hinaus. Die drei stürzten aber hinter ihm her, ergriffen ihn und töteten ihn durch zahllose Messerstiche und durch Fußtritte. Alle drei konnten verhaftet werden. Ein ähnlicher Vorfall hat sich einige Tage vorher in der Ortschaft Dolonte im Kreise Grodek abgespielt. Auch dort erstach ein Festteilnehmer mit einem Seitengewehr einen anderen jungen Mann, mit dem er in Streit geraten war. Es gelang dem Mörder, nach Lemberg zu entkommen.

* **Krakau**, 30. Juni. Vor einigen Tagen wurde auf den Feldern bei Jachowice die von Raben verstümmelte Leiche einer Frau aufgefunden. Wegen der Verstümmelungen im Gesicht konnte die Persönlichkeit der Leiche nicht sofort ermittelt werden. Stichwunden am Halse der Toten und das Fehlen einiger Kleidungsstücke deuteten auf einen Raubmord hin. Es konnte festgestellt werden, daß die Ermordete eine gewisse Petrowicz aus Olejow ist, die sich seinerzeit mit einer Freundin Katarzyna Dozbunek auf einen Geschäftsweg begab, von dem sie nicht mehr zurückgekehrt ist. Die festgenommene Dozbunek gestand während des Verhörs, die Freundin auf dem Wege durch den Wald durch Messerstiche ermordet und sie der Barschaft im Betrage von mehreren hundert Dollar und der Kleider beraubt zu haben. Die Mörderin wird sich vor dem Standgericht zu verantworten haben.

Sport und Spiel.

Ein neuer Sieg Fürths in Polen. Der polnische Fußballmeister „Pogoń" (Lemberg) wurde von Fürth mit 3 : 2 geschlagen. Bis zur Halbzeit stand das Spiel 1 : 0 für die Lemberger. — Am zweiten Tage siegte „Pogoń mit 3 : 2.

Ein Fußballsieg Polens. Den Länderwettkampf Polen-Türkei gewann die polnische Mannschaft. Das Ergebnis war dasselbe, wie das des Städtespiels Krakau-Konstantinopel. Das Wettspiel, in dem eine Überlegenheit Polens zu sehen war, endete mit dem Resultat 2 : 0. Vor dem Match spielte eine Militärkapelle die türkische und die polnische Nationalhymne, die von den Zuschauern stehend angehört wurden. Der Sieg Polens erhält eine besondere Note durch die Tatsache, daß die Tschechoslowakei, ein Favorit der Pariser Olympiade, in Paris die Türkei mit 5 : 2 schlug. Vor der Niederlage gegen die Polen siegte das türkische Fußballteam über eine Repräsentativmannschaft Finnlands mit 2 : 1. Die polnische Mannschaft spielte in folgender Aufstellung: Görlitz (Tor), Cyll und Karas (Verteidigung), Hanke, Otto, Spojda (Läufer), Adamek, Loth, Reyman, Kowalski, Balcer (Stürmer) — also ohne die Lemberger und ohne Vertreter des Altmeisters „Cracovia". — Sehr gut war der Torwächter Görlitz, dessen Spiel lebhaften Beifall auslöste. In der Verteidigung war Karas besser als Cyll. In der Läuferreihe waren Hanke und Spojda vortrefflich. Die Torschützen waren Balcer und Reyman.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

U. in Kl. Die Jagdpacht muß vom 1. Juli d. Js. ab in Zlotywährung bezahlt werden. In welcher Höhe, können wir Ihnen allerdings nicht sagen.

W. 100. Wir sind beim besten Willen nicht in der Lage, Ihnen die Frage zu beantworten; Sie müssen sich schon an einen Sachverständigen wenden.

K. N. in Ch. 1. Bezüglich der Zinszahlung müssen Sie so lange abwarten, bis Ihnen eine entsprechende Aufforderung zugeht. 2. Die Frage der Liquidation bzw. der Anwendung des Anerbenrechts ist noch nicht geklärt. Auch hier müssen Sie abwarten. Auf jeden Fall empfiehlt es sich, Ihren Sohn als Erben einzusetzen.

Fr. W. in Schn. Der von Ihnen abgegebene Artikel ist zur Veröffentlichung durchaus ungeeignet. Sie sind wohl der Ansicht, daß ein Redakteur gut genug ist, um Ihre beleidigenden Ausführungen vor Gericht zu verantworten, wenn Sie selbst nur außer Gefahr sind. Diese Annahme ist irrig.

G. 718. Eine gebrauchte Nähmaschine darf nur nach erlangter Ausfuhrerlaubnis über die Grenze mitgenommen werden. Die Höhe des Zolls können wir Ihnen nicht angeben.